

# **b** unabhängige **auernstimme**



Die Bewegung traf sich zum ersten Jugendfestival, Beats and Bohne verband Agrarpolitik mit Musik und Ackerbau mit Lagerfeuer.



Milchbauern und -bäuerinnen stecken in einer Dauerkrise, auf eine Erholung der Preise hofft kaum noch jemand. Und wie weiter?



Foto: Cornerstone/pixelio

Im Ringen um die Düngerverordnung gibt es einen Kompromiss, der den Betriebe fordert und trotzdem keine wirkliche Verbesserung ist.



## **Vielfalt erleben**



**Die Seite 3**

„Treiber des Artensterbens sind menschengemacht“ . . . . . 3



**Bewegung**

Neue Hühner braucht das Land . . . . . 4  
 Bodenschutz ist Handarbeit . . . . . 8  
 Etwas Eigenes schaffen . . . . . 16  
 „Aufstand der Karren“ . . . . . 19  
 Neue Fortbildung in der ökologischen Landwirtschaft. . . . . 21



**Agrarpolitik**

Weiter so geht nicht! . . . . . 5  
 Transparenz beim Brötchen backen . . . . . 18  
 Wie umgehen mit dem Wolf . . . . . 20



**Märkte**

CETA ohne bäuerliche Qualität. . . . . 7  
 „Ich bin froh, dass ich nicht konventionell gebaut habe“ . . . . . 10



**Schwerpunkt**

„Bezogen auf die Einzelfläche ist mehr Vielfalt nötig“ . . . . . 11  
 Warum wir einen anderen Ackerbau brauchen . . . . . 12  
 Vielfalt auf dem Acker und im Kopf . . . . . 13

Zu Besuch bei Jennie Brandt und in Nepal, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Gentechnik Seite 17; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/ Impressum, Seite 23



# Gemeinsam für die Vielfalt

Bei Fahrten über Land fällt mir dieses Jahr auf, dass noch an vielen Stellen Heu steht. Streifen an Rainen, Böschungen und Straßenrändern, aber auch kleine Inseln in vielen Hausgärten. Ebenso die vielen Ecken, Winkel oder Bachränder, die noch nicht gemäht worden sind. Das hat sicherlich damit zu tun, dass die Themen Artenschutz und Artenvielfalt momentan sehr präsent sind. Das Schöne daran ist, dass die Menschen dies alles tun, ohne dass es bis jetzt irgendeine Regelung dazu gibt. Natürlich wird man auch im Naturschutzbereich um Vorschriften nicht herumkommen. Ein Beispiel sind die Gewässerabstandsflächen, die nur so flächendeckend durchzusetzen sein werden. Aber oft könnte sicherlich mit Information und manchmal auch Diskussion schon sehr viel erreicht werden. Viele Naturschutzvertreter – und auch manche Politiker – würden jetzt gerne die ordnungsrechtliche Keule schwingen und sehen Verbote, Vorschriften und Gesetze als die Mittel der Wahl bei der Umsetzung von mehr Artenvielfalt. Viele von ihnen kämpfen schon seit Jahren, wenn nicht gar Jahrzehnten, für mehr Natur- bzw. Artenschutz und wurden bis jetzt nie so richtig gehört. Dass sie nun die Gunst der Stunde, in der die Forderung aus der Mitte der Gesellschaft kommt, nutzen wollen, um möglichst schnell viel zu erreichen, ist verständlich. Es stellt sich aber die Frage, ob auf diese Weise, ohne eine aktive Mitnahme der Bäuerinnen und Bauern, nicht dem Biodiversitätsziel mehr geschadet als genutzt wird. Ich würde mir wünschen, dass die Vertreter des Naturschutzes genauer analysieren, warum manche ihrer Forderungen oder Äußerungen selbst bei Bäuerinnen und Bauern, die für den Artenschutz aufgeschlossen sind, großes Unverständnis oder Unmut hervorrufen. Ich wünsche mir auch, dass sie sich wirklich bewusst machen, dass genau diese Bäuerinnen und Bauern zum Erreichen der Naturschutzziele notwendig sind.

Es ist unbestritten, dass der Verlust der Artenvielfalt dramatische Ausmaße angenommen hat. Aber das Thema ist sehr komplex. Der Erhalt der Vielfalt lässt sich nicht nur auf dem einen Königsweg erreichen. Es gibt eben nicht nur die Alternative falsch oder richtig, sondern wie so oft ganz viel dazwischen. So wären auch bei 100 % Ökolandbau die Probleme nicht automatisch gelöst. Sicher, eine massive Reduktion von Pestiziden und mineralischem Dünger oder weitere Fruchtfolgen würden unbestritten einen großen Beitrag zum Arten- und Naturschutz leisten. Ein Mehr an Strukturen in der Flur wäre damit aber nicht automatisch verbunden. Dabei sind diese Übergangsbereiche mit ihren vielfältigen Lebensräumen für die Biodiversität enorm wichtig. Ein strukturreicher konventioneller Betrieb kann durchaus einen größeren Beitrag für die Artenvielfalt leisten als ein intensiv geführter Ökobetrieb mit großen Schlägen und wenig Struktur.

Es sind aber nicht nur die großen Projekte, die der Artenvielfalt dienlich sind. Oft sind es Maßnahmen, die ohne viel Aufwand bei der Bewirtschaftung mit erledigt werden können, z. B. mal eine Ecke stehen lassen und erst beim nächsten Schnitt mit mähen. Das schafft ökologische Inseln, die für manche Tierarten, z. B. Insekten, überlebensnotwendig sind. In diesen Fällen geht es hauptsächlich um die Vermittlung der Zusammenhänge, das Drandenken und Ausprobieren.

Ein Aspekt darf allerdings bei der ganzen Diskussion um mehr Artenschutz und Artenvielfalt nicht zu kurz kommen: Diese Tätigkeiten, die wir Bäuerinnen und Bauern hier verrichten, müssen als gesellschaftliche Leistungen anerkannt werden und, wenn sie nicht „nebenher“ laufen, sondern aufwändiger sind, auch von der Gesellschaft entlohnt werden. Am deutlichsten würde diese Anerkennung ausgedrückt durch eine Bindung der EU-Direktzahlungen u. a. an ökologische Kriterien, denn im bestehenden agrarpolitischen System hat eine Landwirtschaft, die auch die Biodiversität berücksichtigt, das Nachsehen. Es ist ein Paradox, dass über die zweite Säule im Prinzip der Versuch unternommen wird, die negativen Folgen dieses Systems, das in der ersten Säule gestützt wird, zu reparieren oder wenigstens abzumildern.

Um bei diesem Thema wirklich etwas voranzubringen, muss es gelingen, die Beteiligten, also Bäuerinnen und Bauern, Naturschützer, Wasserwirtschaft und Landschaftspfleger, schon im Vorfeld anstehender Entscheidungen an einen Tisch zu bringen. Wenn es den Beteiligten dann gelingt, ihre Feindbilder hintenzustellen, um die Beweggründe der jeweils anderen zu verstehen und im nächsten Schritt gemeinsam Lösungen zu erarbeiten, dann kann etwas richtig Rundes dabei herauskommen.

*Elisabeth Waizenegger, Milchbäuerin und im AbL-Bundesvorstand*

# Funk, Feminismus, Fördergeldverteilung

Premiere für das Beats-und-Bohne-Festiva

Es war das Erste seiner Art: Beats + Bohne – das Wir haben es satt!-Festival. Initiiert von den Jugendorganisationen des Wir haben es satt!-Bündnisses kamen vom 20.-23. Juni rund 500 vorwiegend junge Menschen auf einem Bauernhof bei Frankfurt/Main zusammen. Vier Tage lang bot der Dottenfelder Hof, ein Demeter-Betrieb in Bad Vilbel, den Engagierten zwischen Feldscheune und Schweinestall einen Ort, um sich über Gegenwart und Zukunft von Landwirtschaft, ländlichem Raum und Ernährung auszutauschen. In mehr als 35 Workshops konnte sich über die Klimakrise, Digitalisierung oder Landgewinnung für junge Leute ausgetauscht werden. Dazu gab es zahllose Rundgänge und Aktivwerkstätten, in denen der Bauernhof erkundet werden oder praktische Dinge erlernt werden konnten. Abgerundet wurde das Programm durch ein vielfältiges Kulturprogramm mit zahlreichen Bands und DJs, aber auch agrarpolitischen Performances, Theater und Lesungen.

Auch die hessische Landwirtschafts- und Umweltministerin Priska Hinz kam und diskutierte mit Vertretern des Ernährungsrats Frankfurt, der Wissenschaft und Elisabeth Freesen aus dem AbL-Bundesausschuss die nächsten Schritte zur Ernährungswende. Über

100 Referentinnen und Referenten waren gekommen und informierten mit einer thematischen Spannweite, welche von den neuen Zielen der GAP über Lebensmittelverschwendung bis zu Rechtsdruck auf dem Land reichte.

Die scheidende EU-Abgeordnete der Grünen und ehemalige AbL-Bundesausschussvorsitzende Maria Heubuch bot einen Workshop mit dem Titel „Jeder Hof zählt. Warum die GAP das Höfesterben beenden muss“ und gab spannende Einblicke zur Funktionsweise des EU-Parlaments und der voraussichtlichen Ausrichtung der kommenden GAP. Aus ihrer Sicht bisher vorrangig große Worte und wenig konkrete Maßnahmen. Sie erläuterte die allgemeine Tendenz in der EU-Politik immer mehr Autonomie an die Mitgliedsstaaten abzutreten und so den Gemeinsinn zu schwächen. Im Landwirtschaftssektor riskiere man mit einer Anpassung der Agrarsubventionen auf Länderebene, anstatt einer ambitionierten Agrarförderung mit einem Schwerpunkt auf ökologischen und sozialen Aspekten, einen Prozess des gegenseitigen Unterbietens auszulösen. Die anschließende Diskussion drehte sich um die Frage, welche Einflussmöglichkeiten die Zivilgesellschaft in den weiteren GAP-Verhandlungen noch hat. Neben dem so-

eben neu gewählten Parlament ist der Agrarausschuss ein direkter Adressat über den Änderungen eingebracht werden können. Die zweite Option ist es über den Ministerrat und die Bundesregierung Einfluss zu nehmen. Neben der Möglichkeit den aktuellen Prozess aktiv zu begleiten besteht nach dessen Abschluss europäischer Ebene die Möglichkeit die Umsetzung in den Mitgliedsstaaten zu nutzen, um die eigenen Vorstellungen in der nationalen Umsetzung einzubringen. Neben bundesweiten Vorgaben werden viele Teilbereiche dann in den Bundesländern geregelt und eröffnen nochmals Spielräume für zivilgesellschaftliches Engagement.

## Neue Rollen

Auch sehr belebend war es zu sehen, wie die wachsende feministische Bewegung auf dem Festival Einzug gehalten hat. Paula Gioia etwa diskutierte in einem Workshop, wie sich Menschen jenseits von herrschenden Gendernormen, Familienmodellen oder Geschlechterrollen ein Leben in der Landwirtschaft aufbauen können. Was das für Herausforderungen mit sich bringen kann, wurde im Workshop „Feminismus auf dem Land“ deutlich. Oftmals erschweren konservative Rollenbilder im ländlichen Raum Jungbäuer-

rinnen und -bauern, die aus diesen Vorstellungen ausbrechen wollen, den Einstieg in die Landwirtschaft. Sehr inspirierend war hier auch die Buchvorstellung von Talea Becker, welche durch Deutschland gereist ist und unter dem provokanten Titel „Hast du keinen Bruder?“ Erfahrungen von landwirtschaftlichen Betriebsleiterinnen gesammelt hat. Neben den verschiedenen Workshop- und Diskussionsformaten gab es zahlreiche praktische Aktivwerkstätten. So konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Korbflechten über Käsen bis hin zu kreativen Aktionen gegen Flächenfraß allerlei Nützliches lernen. Spannend war auch das Aktionstraining von Free the Soil, eines neuen Zusammenschlusses, der landwirtschaftliche und Klima-Themen zusammenbringen will und im September ein Aktionscamp gegen die industrielle Landwirtschaft plant. Aber auch Führungen zu den verschiedenen Arbeitsbereichen auf dem Dottenfelder Hof stießen auf reges Interesse. Angeboten wurde nicht nur eine Einführung in Kompost und Fruchtfolge oder der Intensivkurs Backen, sondern auch ein Rundgang durch die Käserei oder zum Thema Getreidezüchtung.

## Viel Musik

Abends gab es dann auf der Hauptbühne „3 Morgen“ Konzerte von zahlreichen Bands und DJs. Vom britischen Singer/Songwriter bis Afrobeat, Jazz, Funk und Arab Folklore – es wurde Querbeet durch verschiedene Musikstile einiges geboten. Hauptsache, man konnte tanzen und springen. Gefeiert wurde, dass sich so viele junge Menschen zusammengefunden hatten, um gemeinsam Strategien gegen industrielle Landwirtschaft und für eine bäuerliche, ökologisch und sozial verträgliche Lösung zu entwickeln. Somit konnten junge Menschen, die gerade ein FÖJ machen, einen Hof übernehmen oder an lokalen Produkten für ihr Restaurant interessiert sind, sich gegenseitig kennenlernen und politische sowie praktische Aspekte von Landwirtschaft und Umweltschutz erfahren und diskutieren. Besonders die Vielfalt der Menschen und Hintergründe hat dem Festival Energie und Potenzial gegeben, um gemeinsam in eine wünschenswerte Zukunft zu denken und sich gegenseitig zu verstehen und zu bestärken

Doro Sterz,  
jAbL



Viel Stimmung unterm Zirkuszelt

Foto: Meine Landwirtschaft

# Schön gerechnet und allein gelassen

Die Nitratwerte bleiben im Fokus und die Landwirte ohne Hilfe

## US-Landwirte in der Krise

Nach den schweren Überflutungen im März fiel im gesamten Mittleren Westen der USA im April und Mai überdurchschnittlich viel Regen. Normalerweise ist die Aussaat von Mais und Soja in der ersten Juniwoche abgeschlossen. In diesem Jahr sind die Äcker vielfach überschwemmt oder so nass, dass die schweren Maschinen im Schlamm versinken würden. Mehr als ein Drittel der Flächen wird deshalb wahrscheinlich überhaupt nicht bepflanzt werden können. Für die Inanspruchnahme der staatlich bezuschussten Bewirtschaftungsausfallversicherung gelten feste Termine. Die Landwirte müssen jetzt entscheiden, ob sie die Zahlung nehmen oder doch darauf hoffen, dass sich die Wetterbedingungen noch ändern. Selbst wenn für den Rest des Sommers ideale Bedingungen herrschen sollten, ist mit Ernteeinbußen zu rechnen. Gerade in diesem Jahr hatten viele Landwirte gehofft durch Maisanbau die durch den Handelsstreit der USA mit China schlechten Sojapreise zu umgehen. Die Rekordregenfälle haben auch zu schweren Überschwemmungen entlang des Missouri und Mississippi geführt, sodass die Schifffahrt auf unbestimmte Zeit ausgesetzt wurde. Das trifft besonders den landwirtschaftlichen Handel. *ml*

Existenzbedrohend, so der Deutsche Bauernverband, sei die in den Nachbesserungen zur neuen Düngeverordnung (DüV) 2017 getroffene Regelung zu einem 20-prozentigen Abschlag in den roten Gebieten. Hintergrund waren die Nachforderungen der EU-Kommission, die in der DüV 2017 keine ausreichende Umsetzung sah, um vor allem in den roten Gebieten eine Verbesserung der Grundwasserqualität zu erreichen. Man „verlasse aber das Grundprinzip der Bedarfsdeckung landwirtschaftlicher Kulturen mit Nährstoffen“, so der Präsident des DBV, Joachim Rukwied, und drückte damit vorsichtig aus, was manch anderer als das bewusste Verhungernlassen von Pflanzen bezeichnete. Wie falsch diese Argumentation ist, hat Onno Poppinga in der Mai-Ausgabe dieser Zeitung detailliert anhand von langjährigen Untersuchungen verschiedener landwirtschaftlicher Forschungs- und Untersuchungsanstalten aufgezeigt: „Eine Verminderung der N-Düngung um 10 bzw. 20 Prozent war in diesen Langfristversuchen praktisch ohne Auswirkungen auf den Ertrag.“ Bei einer Minderung der N-Düngung um 40 Prozent gebe es zwar Ertragsrückgänge um im Durchschnitt 11 Prozent, das ökonomische Ergebnis jedoch vermindere sich nur minimal.

## Geschickte Korrektur

Als Grundlage jeder Düngung werden die prognostizierten, von den Landwirten erhofften, Erträge und die sich daraus erge-

benden Bedarfswerte der Pflanze zugrunde gelegt. In einem Gutachten für den Bundesverband Energie und Wasserwirtschaft zeigt Prof. Dr. Friedhelm Taube von der Christian-Albrechts-Universität Kiel, dass genau diese Bedarfswerte im Rahmen der DüV 2017 deutlich höher angesetzt wurden, nämlich um 10 bis 50 kg N/ha, als es beispielsweise die Landwirtschaftskammern in Schleswig-Holstein oder Niedersachsen tun. Hinzu komme, dass gegenüber der Düngeverordnung 2007 die Düngewirkungen von Vor- und Zwischenfrüchten mit deutlichen Abschlägen von im Schnitt 20 kg N/ha neu festgelegt worden seien. Wenig verwunderlich ist es in der Folge, wenn Taube anhand der Flächenbilanz-N-Salden in den einzelnen Landkreisen Schleswig-Holsteins anschaulich darstellt, wie sich die Situation aufgrund der „Korrektur“ der Werte aus dem Jahr 2010 durch in der neuen DüV scheinbar verbessert und die neuen Salden um 10 bis 26 kg N/ha niedriger liegen.

## Mehr Dünger, bessere Werte

Ginge man davon aus, dass die landwirtschaftlichen Betriebe bis an die von den Kammern bzw. in der DüV vorgegebenen Bedarfswerte düngen, so brächte die DüV 2017 keine Verbesserung, sondern ermöglichte ein Mehr an Düngung. Ein Abschlag von 20 Prozent in den roten Gebieten würde vor allem diese zusätzlich möglichen Stickstoffgaben betreffen. Neben den Auswirkungen auf den Ertrag verursachen geringere Stickstoffgaben, zumindest

Rote Gebiete sind Regionen, in denen mehr als 50 % der Flächen im Einzugsbereich von Grundwassermessstellen folgende Grenzwerte überschreiten: mehr als 37,5 mg Nitrat/l mit steigender Tendenz oder mehr als 50 mg Nitrat/l.

in den Intensivregionen, aber zusätzliche Kosten, da ohne eine flächengebundene Tierhaltung der organische Dünger, in der Regel Gülle, de facto ein Entsorgungsprodukt ist und Kosten verursacht. Dass die durch die neue DüV gestiegenen Ausbringungsmengen jetzt, zumindest in den roten Gebieten, wieder nach unten korrigiert werden, muss all die Lobbyisten schmerzen, die sich im Vorfeld für gesteigerte Bedarfswerte eingesetzt haben. Für Betriebe in den betroffenen Regionen, die mit ihrem Aufkommen an organischem Dünger an der Grenze bzw. darüber liegen, kosten die 20 Prozent Abschlag Geld und wirken sich direkt auf die Pachtpreise für „Entsorgungs“-Land aus. In Damme bei Vechta werden schon Preise von 2.000 Euro/ha gezahlt. Wer seine Gülle per Spedition entsorgen lässt, zahlt im Raum Bielefeld 20 Euro pro Kubikmeter. Circa ein halber Kubikmeter fällt pro Mastschwein an.

## Aktiver Umbau

Ganz offensichtlich sind es nicht die verminderten Ernteerträge aufgrund reduzierter Düngung, die für die Landwirte existenzbedrohend werden können, sondern viel eher der wenig kalkulierbare Umgang mit den bei Mastbetrieben anfallenden Güllemengen, die nicht betriebseigen verwertet werden können. Die Idee des Bundeslandwirtschaftsministeriums, diese in Ackerbauregionen zu verbringen, ist dort mindestens abwartend aufgenommen worden. In jedem Fall wäre dieses Vorgehen, mit Transporten über weite Strecken, auch nur ein Kurieren an den Folgen, ohne einen klaren Plan für einen langfristigen Umbau der Tierhaltung. Den betroffenen Betrieben hier eine Perspektive zu eröffnen – klare Ziele wie artgerechte Ställe und über lange Sicht verlässliche Preise durch zu schaffende Qualitätsmärkte, letztendlich eine Neudefinition des Systems „Mastschwein“ – bleibt jedoch aus. Bestehen bleiben allerdings der gesellschaftliche Anspruch an eine andere Tierhaltung sowie die Gewissheit, dass die Zeit florierender Exportmärkte durch die Afrikanische Schweinepest in China kein nachhaltiger Garant für hohe Betriebseinnahmen sein kann.



Wohin mit der Gülle?

Foto: Fliegl

# Möhren gegen Klimaschutz

Eine irgendwie falsche In-Wert-Setzung

Mehr als 8.000, vor allem junge Menschen, demonstrieren Ende Juni für einen sofortigen Kohleausstieg am Tagebau Garzweiler. Sie tun dies mit viel persönlichem Engagement, nehmen juristische Konsequenzen und den Verlust der eigenen Unversehrtheit in Kauf. Sie besetzen Bahngleise und den Tagebau Garzweiler der RWE. Den Betrieb der Kohleverstromung zu stoppen, das ist ihr Ziel. Nicht nur für einige Stunden, wie in der Folge der Demo, sondern für immer und das deutlich vor 2038, dem Termin, auf den sich die Kohlekommission als spätestes Ausstiegsdatum geeinigt hatte. Gleichzeitig und unterstützend zu den Protesten am und im Tagebau hatte Fridays for Future in Aachen zum ersten internationalen Klimastreik aufgerufen. Statt der erwarteten 20.000 kamen bis zu 40.000 Menschen.

## Und die Möhre?

RWE zeigte sich, auch nach den monatelangen Demonstrationen im Hambacher Forst, verständlicherweise wenig erfreut, schon wieder Ziel der Demonstranten zu sein. Einen freien Zugang zum Tagebau gab es folglich nicht und so versuchten die Demonstranten, sich über Feldwege der Abbruchkante zu nähern. Von ca. 1.000 Personen wird berichtet, die sich in den Tagebau begeben hätten. Tausend von der Richtigkeit ihrer Sache überzeugte Menschen, enge Wege zwischen Feldern und Polizisten, die diese zu versperren versuchen. Wenig überraschend, dass die Aktivisten die Felder betreten und, ja, die wachsenden Pflanzen zerstören. Unter anderem hinterlassen sie eine wenige Meter breite Schneise in einem Karottenfeld. Das war so klar vorhersehbar, dass die Initia-

toren von Ende Gelände schon im Vorfeld Entschädigungen hierfür angekündigt hatten. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner entdeckt hier ein „Glaubwürdigkeitsproblem“ der Demonstranten. Diese würden „respektlos mit Lebensmitteln“ umgehen und „achtlos über Gemüsefelder“ trampeln. Dass die Braunkohle-Tagebaue im Rheinland in den vergangenen Jahrzehnten mehr als 17.000 ha Fläche, und damit auch wertvolles Ackerland, abgebagert haben, wie Malte Kreuzfeld in der taz schreibt, findet bei der Landwirtschaftsministerin keine Erwähnung. Auch dass das Anliegen der Demonstranten, nämlich mehr Klimaschutz, insbesondere nach dem Trockenjahr 2018 und einer für die Zukunft prognostizierten Zunahme an Extremwetterereignissen, auf die Möglichkeit landwirtschaftlicher Produktion ganz direkt und nachhaltig Einfluss nehmen dürfte, ignoriert die Ministerin bewusst. Für Martin Schulz, den Bundesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e. V. ergibt sich aber genau hieraus eine klare Handlungsanweisung: „Der Respekt vor bäuerlicher Arbeit ist uns wichtig. Deshalb ist es richtig, dass die Aktivisten von Ende Gelände sich öffentlich bei den Bäuerinnen und Bauern entschuldigt haben, dass sie Teile der Ernte überrannt haben, um sich einen Weg in die Kohlegrube zu bahnen. Ende Gelände hat schon im Vorfeld Entschädigung angekündigt und sie haben dies via Twitter wiederholt. Respekt vor bäuerlicher Arbeit wünsche ich mir auch von Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner, indem sie endlich das 1,5-Grad-Ziel entschlossen und konsequent anpackt.“

mn



Respekt für Möhren, Bauern und Klimaschutz

Foto: Bredehorn/pixelio

## Deutsche Einzelhändler Europameister

Die fünf Großen des Einzelhandels (Lidl/Kaufland, Aldi, Edeka, Rewe, Metro) sind nicht nur in Deutschland marktbeherrschend. Auch in Europa wird der Markt nach einer Analyse von LZ Retailytics durch die deutschen Händler geprägt. Unter den Top Ten sind fünf aus Deutschland, allen voran mit großem Abstand die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland, die 2018 ihren Bruttoumsatz (Food und Non-Food) europaweit auf 112 Mrd. Euro hochtrieb. Danach folgen Carrefour (Frankreich), Aldi (Nord und Süd), Tesco (Großbritannien), Edeka und Rewe mit 64 bis 57 Mrd. Euro Umsatz in Europa. Hinter zwei Franzosen (Auchan, Leclerc) und Metro (D) kommt auf Platz zehn mit Amazon der Jäger, der den gesamten Markt aufscheucht. Amazon hat zwar nur sieben Läden in England, macht aber auf dem Online-Markt inzwischen 33 Mrd. Euro bei einem Wachstum von 20 % gegenüber 2017, schwächelt aber bei Lebensmitteln. Der Amazon-Fresh-Lieferdienst stagniert vor allem in Deutschland. Ungeachtet davon mischen die deutschen Konzerne Europa auf. Während kein ausländischer Konzern bei uns wirklich Fuß fassen kann (abgesehen vom Schweizer Migros bei Tegut), tummeln sich „unsere vier Großen“ in ganz Europa (nur Edeka bleibt im Land). Österreich ist zu 45 %, Tschechien zu einem Drittel „in deutscher Hand“, Belgien, Polen und die Niederlande zu annähernd 20 %. Aldi, Lidl und Metro sind auch in Spanien, Frankreich, Italien und Großbritannien am Start, allerdings noch unter 10 % Marktanteil. Und da sind die Europa-Umsätze der expansiven Drogerieketten dm und Rossmann noch nicht eingerechnet. hg

## Auch vegetarische Wurstwaren stagnieren

Wenn es um die Wurst geht, sind deutsche Kunden europaweit vorn. Aber da es sich meistens um Schweinefleischprodukte handelt, deren Absatz zurückgeht, schwächelt auch der Wurstmarkt mit verpackten Waren. Bei Absatzeinbußen konnte 2018 laut einer Verbraucheranalyse von Nielsen nur durch höhere Preise ein minimales Umsatzplus erreicht werden. Die Discounter sind mit 55 % Hauptabsatzmarkt der SB-Wurstwaren. Sie weiteten aber besonders ihre Aktionsgeschäfte aus. Fleischzubereitungen wie Brataufschnitte, Nuggets oder Frikadellen lagen an der Spitze vor Salami und Schinkenprodukten. Auch wenn über den „Veggietrend“ viel geredet wird, verloren vegetarische SB-Wurstwaren 2018 etwa 4 % ihres Absatzes und liegen mit 145 Mio. Euro Umsatz bei 1,6 % Marktanteil. Das lag auch daran, dass die Discounter durchschnittlich nur noch weniger als vier Produkte im Angebot haben und gegenüber 2017 über 18 % Umsatz einbüßten. Entgegen dem „Normalmarkt“, der von Handelsmarken bestimmt wird, dominieren im Veggiemarkt zu 83 % Marken wie Rügenwalder Mühle, die damit immerhin 20 % ihres Umsatzes machen. Andere wie die Zurmühlen-Gruppe von Tönnies haben sich aus dem Sortiment verabschiedet. hg

## USA setzen sich beim Quotenstreit durch

Mitte Juni hat die EU die Verhandlungen mit den USA über hormonfreie Fleischimporte nun auch formell abgeschlossen. Der EU-Ministerrat einigte sich darauf, dass 35.000 Tonnen der bestehenden Quote für hormonfreies Fleisch (45.000 t) künftig von den USA alleine bedient werden können. Das heißt, die USA können nach einer Übergangsfrist von sieben Jahren 35.000 Tonnen hormonfreies Fleisch in die EU exportieren. Diesem Beschluss ging ein langjähriger Streit um den Einsatz von Wachstumsförderern in der Mast voraus, der in einigen Ländern erlaubt, in der EU aber verboten ist, was auch für Importe gilt. Die Einigung vor der Welthandelsorganisation (WTO) war, dass die EU 45.000 Tonnen hormonfreies Fleisch jährlich zollfrei importieren musste. Die USA hatten bisher nur einen kleinen Teil dieser Quote beliefern können, andere Länder wie Australien hatten einen deutlich höheren Anteil genutzt. Damit bleiben nur noch 10.000 Tonnen Quote für die anderen Länder übrig. Es ist zu befürchten, dass diese Einigung nicht rechtskonform mit WTO-Regelungen ist, weshalb auf die anderen Ländern zugegangen werden soll, um Lösungen zu finden. Sowohl mit Australien, als auch mit den südamerikanischen Ländern strebt die EU aktuell Handelsabkommen an. Diese Länder wollen mit diesen Abkommen für ihre Rindfleischindustrie mehr Marktzugang nach Europa erlangen. bet

# Von eins auf hundert

Der Milchpreis reicht nicht. Wie ein zoerer Milchbetrieb die Zukunft gestaltet

**D**as hat Arne Traupe (28) nicht erwartet. Am 15. Dezember 2018 stand der Leiter von vier regionalen Rewe-Supermärkten auf seinem Hof. An dem Tag wurden die neue Milchtankstelle und der Käseautomat von Traupes Milchviehbetrieb in Niedeck bei Göttingen eröffnet. Arne Traupe hat gerade mal begonnen, das Standbein der hofeigenen Käseproduktion aufzubauen und schon jetzt übersteigt die Nachfrage das vorhandene Angebot bei weitem. Die Rewe-Kette will den Käse so bald wie möglich deutlich als regionale Ware gekennzeichnet und mit dem Hof-Logo versehen in ihren umliegenden Filialen anbieten. Auch zwei kleine Supermärkte in Nachbardörfern und ein Cateringservice fragen den künftigen Käse nach. „Das hätte ich nicht vermutet, aber die Zeit ist jetzt dafür reif“, sagt Arne Traupe.

## Wohnen und Arbeiten

200 Milchkühe stehen auf dem konventionellen Hof von Susanne und Andreas Traupe (55). Arne ist letztes Jahr in die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) eingestiegen und sein Bruder Timo (25) plant nächstes Jahr seinen Beitritt. Die Großmutter Gisela Traupe lebt mit in dem großen Fachwerk-Back-

stein-Haus und hilft auf dem Hof aus. „Angefangen haben wir mit 60 Kühen, es wurden immer mehr“, erzählt Andreas Traupe. Statt einen großen Stall vor den Toren des Dorfes zu bauen, sollte die Aufstockung des Kuhbestands am Hof selbst vonstattengehen. „Dort wo ich wohne, möchte ich auch arbeiten“, sagt Andreas Traupe.

In erster Linie wurden die bestehenden Gebäude umgebaut. Die Trockensteher und tragenden Kühe stehen neben der Hofeinfahrt in einem Tiefstreustall, der mit Fördermitteln für „Dorferneuerung“ umgebaut wurde. Die ehemalige Scheune mit den dicken, alten Holzbalken war marode und wäre fast abgerissen worden, bis Arne Traupe sagte: „Die gehört doch ins Ensemble.“ Dann kam ein neues Dach drauf und die Scheune wurde in einen offenen Tretmiststall für Abkalber umgebaut. Der Fischgrätenmelkstand ist zusammengebaut aus zwei gleichen Doppel-Fünfer-Melkständen. Einer war bereits auf dem Hof, der zweite wurde einem aufgebenden Betrieb in der Nachbarschaft abgekauft. Andreas Traupe melkt morgens und abends jeweils drei Stunden, unterstützt von einer weiteren Person. Insgesamt arbeiten noch eine Vollzeit- und drei Teilzeitkräfte auf dem Hof.

Der alte Anbindestall wurde in einen Fressliegeboxenstall umgebaut und um einen großen, luftigen Boxenlaufstall erweitert. Mit einer Fallschiebeanlage wird der Mist alle vier Stunden automatisch in den Gülleschlitz geschoben und in die Biogasanlage gepumpt. Zwei kleine 45-kW-Belarus-Trecker motoren mit einer Golf-2-Zündung schlagen im Herzen der 90-kW-Anlage, die 2011 fertig gestellt wurde. Eine absolute Ausnahme. Zu der Zeit wuchsen in der Gegend nur große Anlagen bis zu 500 kW aus dem Boden. Zu groß für die Traupes. Sie wollen keinen Mais in ihrer Anlage verbrennen. „Das Schöne ist der Kreislauf“, sagt Arne Traupe, „das passt gut zu unserem Betrieb.“ Sie erzeugen Strom ausschließlich aus Gülle und Mist. Die Abwärme wird für das Haus genutzt und mit den Gärresten das Land gedüngt.

## Willkür

In dem großen Esszimmer der Traupes entspinnt sich eine angeregte Diskussion. Sätze zur gesellschaftlichen Debatte um die Landwirtschaft fliegen durch den Raum. „Wir haben immer Schuld. Das ist das, was mich heute nervt. Das macht keinen Spaß.“ „Ich habe auf einem Betrieb mit 500 Kühen

Praktikum gemacht, der heute 1.400 Kühe hat. Solche Betriebe sind von den Verbrauchern nicht gewollt.“ „So geht es nicht weiter. Die Landwirtschaft muss sich ändern und wandeln, aber gemeinsam mit der Gesellschaft.“ „Die Politik ist unsicher geworden und entscheidet willkürlich. Man weiß nicht, welche Gesetze als Nächstes kommen und ob Auflagen zu K.-o.-Kriterien vor allem für kleinere Betriebe werden.“

„Der Milchpreis ist katastrophal“, beschreibt Arne Traupe die wirtschaftliche Situation. „Egal, ob wir 80 oder 200 Kühe haben, verdienen tun wir nichts mehr bei dem Preis. Würden wir für jede einzelne Stunde, die wir auf dem Hof arbeiten, den Mindestlohn ansetzen, dann hätten wir ein negatives Betriebsergebnis.“ Er hat Landwirtschaft in Göttingen studiert und seinen Master gemacht. Dann hat er sich im Käsen fortgebildet. Jetzt teilt er sich eine mobile Käserei mit sechs weiteren Bäuerinnen und Bauern in der Region. Der Hartkäse reift in einem 60 Quadratmeter großen Keller. Käse und Milch werden auf dem Hof in Automaten verkauft. Die Baupläne für die hofeigene Käserei und den zweiten, 120 Quadratmeter großen Weichkäsekeller liegen fertig auf dem Tisch.

## Weide ums Dorf

Die Milch ist gentechnikfrei, seit die Traupes in die Direktvermarktung eingestiegen sind. „Das ist ein zusätzliches Verkaufsargument. Und warum sollen wir überhaupt Soja importieren?“, fragt Arne Traupe. Die Milchviehhaltung solle sich mehr darauf konzentrieren, was übrig bleibe. Er verfüttere neben Gras- und Maissilage noch Zuckerpressschnitzel aus der anliegenden Zuckerfabrik. Im nächsten Jahr sollen nicht nur die Trockensteher Weidegang haben, sondern alle Milchkühe. Dafür werde ein Weg um das Dorf herum zu einer acht Hektar großen Weide abgezäunt. Neben verbesserter Tiergesundheit sei das ein weiteres Verkaufsargument für den Käse. „Ich könnte von heute auf morgen auf Bio umstellen“, sagt Arne Traupe. Aber er will sich nicht in ein Auflagenkorsett zwingen lassen. Er will sich unabhängig machen von den Molkereien. Derzeit wird ein Prozent der Milch zu Käse verarbeitet. Das Ziel von Arne Traupe sind irgendwann einmal 100 Prozent Direktvermarktung.

Berit Thomsen,  
AbL-Mitarbeiterin



Weide für die Kühe

Foto: Dott

# Gedanken zum Milchmarkt

Krise ohne Ende, verfehlte Interessenspolitik und die Hoffnung auf Wertschöpfungsstrategien

**B**ei der Mitgliederversammlung des European Milk Board (EMB) im Frühjahr 2017, die Milchkrise der Vorjahre war noch frisch in Erinnerung, beschrieb der damalige EMB-Vorsitzende Romuald Schaber die mögliche Zukunft der Milcherzeugung in Europa. Schaber warnte damals vor einer Situation, die er als Dauerkrise bezeichnete: zwar kein Absturz mehr auf Milchpreise unter 25 Cent, aber eine dauerhafte Kostenunterdeckung über Monate und Jahre, mit der Folge, dass die allermeisten Betriebe von der Substanz zehren. Heute, zwei Jahre später, ist diese Situation, man könnte sie auch als „schleichende Milchkrise“ bezeichnen, bittere Realität. Niemand bestreitet mehr ernsthaft die Kostenberechnung des Milchmarkerindex, demzufolge stets über 40 Cent pro kg für die Milcherzeugung aufgewendet werden müssen. Trotzdem werden die Milchlieferanten zumindest in Norddeutschland dauerhaft seit nunmehr anderthalb Jahren, nach dem kurzen „Zwischenhoch“ Ende 2017, mit 30 bis 35 Cent abgespeist. Auch die Futterknappheit und die erhöhten Futterkosten nach dem Dürresommer letztes Jahr, die die Kosten nochmals steigen ließen, hatten keine Auswirkung auf den Milchpreis. Vollständiger Verkauf des Interventions-Milchpulvers, seit Wochen rückläufige Milchlieferung in Deutschland – die Milch bleibt weiterhin billig. Ein funktionierender Markt sieht anders aus!

## Druck und Entmutigung

Einmal mehr wird das extreme Machtgefälle von Handel und Verarbeitern über die Molkereien bis zu den Milchzeugern deutlich. Immer noch bestreiten Molkereien ihre Expansions- und Weltmarktprojekte auf dem Rücken und auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern. Gerade große, stark gewachsene Betriebe erreichen nicht die von klugen Beratern errechneten Deckungsbeiträge und rutschen in die Schulden- und Arbeitsfalle. Schlimmer ist, dass kleinere, an sich gut aufgestellte Betriebe, die nicht auf den Wachstumshype hereingefallen sind, ebenfalls Substanz verlieren und vor allem auch den Mut weiterzumachen. Der Ausstieg erfolgt heute nicht mehr bei Erreichen des Rentenalters, wenn die Hofnachfolge anstünde, sondern schon vorher. Gute Verpachtungsmöglichkeiten und ein aufnahmefähiger

Arbeitsmarkt auch für Quereinsteiger machen es möglich.

## Rolle des Bauernverbands

Eine fatale Rolle spielt der Bauernverband: Mit Durchhalteparolen, Einfordern von staatlicher Hilfe wie in der Dürre, der Vorgabe absurd niedriger Preisziele („An 33 Cent müssen sich die Molkereien messen lassen“) und mit Ablenkungsdiskussionen über gesellschaftliche Anforderungen und Vorgaben hält er die Milchbauern ruhig bzw. beschäftigt sie anderweitig. Gleichzeitig arbeiten viele Bauernverbandsvertreter in Funktionen bei Genossenschaftsmolkereien mit an der Billigstrategie. Und nicht zuletzt verhindert der Bauernverband als einzige landwirtschaftliche Vertretung im Lenkungsgremium der Milchsektorstrategie jede wirksame Verbesserung der Marktposition der Milcherzeuger.

## Zusatzproblem DMK

Als größter deutscher Genossenschaftsmolkerei kommt dem Deutschen Milchkontor eine besondere Verantwortung für den Milchmarkt zumindest in Norddeutschland zu. Nach heftigen Turbulenzen mit Protesten von Bäuerinnen und Bauern während der Milchkrise und einer wahren Kündigungswelle hat das DMK erhebliche Milchmengen verloren und unter dem Motto „Marge statt Menge“ eine Neuausrichtung versprochen. Bei der ordentlichen Vertreterversammlung wurde gar eine „Vision 2030“ verkündet! Innovative Produkte, eine stärkere Orientierung an den Kundenwünschen, aber auch die gezielte Erschließung vielversprechender Exportmärkte wurden in Aussicht gestellt. Die Milchzeuger und der zu zahlende Milchpreis kamen in dieser Vision nicht vor. Immerhin räumt Molkereichef Ingo Müller ein, die DMK habe „die Leidenschaft ihrer Landwirte in der Vergangenheit oft strapaziert“. Wieso in der Vergangenheit? Nüchtern betrachtet sieht auch jetzt die Realität hinter der Vision trübe aus. Seit Monaten wird ein nicht konkurrenzfähiger Milchpreis gezahlt, mit zurzeit 30 Cent liegt er um bis zu vier Cent unter dem der Wettbewerber. Die Unternehmensstrategie wirkt unkoordiniert und sprunghaft, beinhaltet aber nach wie vor hohe Investitionen wie 135 Millionen Euro für ein neues Babynahrungswerk am Standort Strückhausen. Im Manage-



Wertschöpfungsstrategie Weidehaltung

Foto: Giebener/Pixelio

ment kommt es häufig zu Wechseln. Aktuell werden ehemalige Genossen, die teilweise seit Jahren nicht mehr ans DMK liefern oder sogar ganz aus der Milcherzeugung ausgestiegen sind, mit Nachaudits überzogen. Jetzt nach der Vertreterversammlung steht die Auszahlung der Geschäftsanteile der vielen Kündiger an, die letztlich auch durch Einsparungen beim Auszahlungspreis aufgebracht werden dürfte. Das zieht neue Verärgerung und voraussichtlich neue Kündigungen nach sich. Hier zeichnet sich eine Abwärtsspirale ab, die dem DMK letztendlich die Rohstoffbasis entziehen könnte. Unter diesen Umständen erscheint es fraglich, ob das Unternehmen das Jahr überhaupt noch erreicht, für das seine Zukunftsvision konzipiert wurde.

## Was tun?

Viele Lösungsansätze sind bekannt, wie die Einführung eines Kriseninstrumentes und die Stärkung der Position der Milchzeuger durch eine Branchenstrategie, die den Namen wirklich verdient. Hier wäre vor allem die Verpflichtung zu Verträgen mit Mengen-, Preis- und Qualitätsvereinbarungen vor der Milchlieferrung zu nennen. In allen diesen Bereichen sind die gegenwärtige Bundesregierung und speziell die Landwirtschaftsministerin nicht bereit, Rahmenbedingungen vorzugeben, sondern schieben die Verantwortung auf die Branche, wohl wissend, dass dabei nichts Wirksames herauskommen

kann. In den Niederlanden sind die Milchauszahlungspreise signifikant höher. Neben staatlichen Vorgaben wie der Reduzierung der Kuhzahlen durch die Phosphorquote haben dazu auch Wertschöpfungsstrategien gerade der großen Genossenschaftsmolkereien beigetragen. Friesland Campina und andere setzen stark auf Weidehaltung, getragen auch vom Handel und der gesamten Gesellschaft, mit dem Erfolg, dass praktisch nur noch Weidetrinkmilch gekauft werden kann. So zahlt F/C für gentechnikfreie Weidemilch inzwischen zusätzlich zum besseren Grundpreis noch 2,5 Cent mehr pro Liter aus. Dann wird sogar eine Rückumstellung auf Weidehaltung wirtschaftlich interessant. Vielleicht wäre, wenn der Handel mitzieht, auch in Deutschland eine solche Qualitätsstrategie denkbar, im Norden mit Weidemilch, im Süden vielleicht mit Heumilch. Diese Milcharten könnten in die im Aufbau befindlichen mehrstufigen Label der Handelsketten eingeordnet werden als zweithöchste Stufe nach der Bioqualität. So könnte wenigstens in einem Teilbereich der konventionellen Milcherzeugung, der besonders natur- und tierfreundlich wirtschaftet, eine höhere Wertschöpfung erreicht werden. Gerade bäuerliche Betriebe, die tendenziell eher so wirtschaften, könnten damit von gesellschaftlicher Anerkennung profitieren.

Ottmar Ilchmann, Milchbauer und  
AbL-Vorsitzender Niedersachsen

## Mercosur: Freihandelsabkommen ablehnen

Die EU-Kommission hat mit den Mercosur-Ländern Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay einen politischen Abschluss erzielt. Vertragsdetails müssen noch ausgearbeitet werden. Deutschland hat sich für das Freihandelsabkommen stark gemacht. Hingegen sollen die Staats- und Regierungschefs aus Frankreich, Polen, Irland und Belgien im Vorfeld insbesondere wegen der geplanten Rindfleischimporte Kritik zum Abkommen geäußert haben. Unterstützt wurden sie von den Niederlanden und Ungarn. Der EU-Rat, das EU-Parlament und auch die Parlamente in den Mitgliedsstaaten müssen noch über das Handelsabkommen abstimmen. Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) lehnt dieses unqualifizierte Freihandelsabkommen ab. „Wir importieren nicht nur Rindfleisch, sondern auch die damit verbundenen Umweltprobleme und Menschenrechtsverletzungen in den Produktionsländern“, sagt Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und konventioneller Neuland-Schweinehalter. „Gleichzeitig erzeugen wir in Europa ausreichend Rindfleisch, weshalb steigende Importmengen die Preise auf unseren Bauernhöfen nach unten drücken können.“ Jürgen Knirsch von Greenpeace sagt: „Das Mercosur-Abkommen nimmt in Kauf, dass für den Export europäischer Autos Regenwälder und andere wertvolle Natur in Südamerika durch Agrarkonzerne zerstört werden.“ Auch Brot für die Welt kritisiert das Handelsabkommen. Der Widerstand geht weiter. *bet*

## Österreich verbietet Glyphosat

Als erstes Land der EU hat Österreich den Einsatz Glyphosat komplett verboten. Die Frage ist allerdings, ob das mit dem EU-Recht zu vereinbaren ist. Die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte gerade angekündigt, dass die Bundesregierung bis September eine Lösung präsentieren wolle. „Wir werden dahin kommen, dass es eines Tages keinen Glyphosateinsatz mehr gibt. Man kann den Bauern aber nicht von einem Tag auf den anderen vor eine komplette Veränderung stellen“, so Merkel. Auch Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD), die das österreichische Glyphosat-Verbot als „Rückenwind für den Ausstieg in Deutschland“ begrüßte, verwies auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der einen „schrittweisen Ausstieg bis 2023“ vorsieht. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) hatte vor mehr als einem Jahr Pläne vorgelegt, die allerdings nicht auf Gegenliebe im Umweltressort trafen. Derweil warten weiterhin Kritiker und Befürworter von Glyphosat in der öffentlichen politischen Debatte auf die von Bayer bereits für Mitte Juni angekündigte Offenlegung, der vom Konzern geführten Namenslisten. *cs*

## Klöckner wirbt für Gentechnik

Bauernverbandspräsident Joachim Rukwied erklärte auf dem Deutschen Bauerntag in Schkeuditz bei Leipzig, dass sich die Bauern mit speziellen Züchtungen gegen den Klimawandel wappnen wollten. Die Pflanzen müssten sowohl mit Trockenheit als auch mit Nässe umgehen können. Dazu sei eine Änderung der europäischen Gentechnik-Gesetze nötig. Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) erklärte dort: „Wir brauchen neue Züchtungen, die klimastressresistent sind.“ Sie ermunterte die anwesenden Bäuerinnen und Bauern, die Auseinandersetzung um die neuen Züchtungstechniken offensiv zu führen und aktiv für die Nutzung dieser Verfahren zu werben: „Gehen Sie rein in diese Debatte.“ Hubert Weiger, Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), kritisierte Rukwied und Klöckner: „Jetzt nach der Deregulierung neuer Gentechnik zu rufen (...), ist fahrlässig für die Umwelt und für die Bäuerinnen und Bauern.“ Es gäbe bei der Dürreproblematik keine einfache Lösung. Viel mehr brauche es Systemumstellung hin zu einer ökologischeren, klimaangepassten Landwirtschaft. Das Heil in der Gentechnik zu suchen, sei ein ganz falscher Weg und werde auch auf den erbitterten Widerstand der Verbraucher\*innen stoßen, die mit großer Mehrheit gegen Gentechnik seien. *av*

# Verschärfte Auflagen

Maßnahmen gegen Blauzungenkrankheit werden in Frage gestellt

Schon seit Jahren taucht immer wieder plötzlich das Thema Blauzungenkrankheit auf. Oft greifen Regelungen, die Bauern und Bäuerinnen in zusätzliche Schwierigkeiten bringen. So auch diesmal. Die Tierseuchenreferenten der Länder verbieten aufgrund der Risikoabschätzung des Friedrich-Löffler-Instituts (FLI) seit 18. Mai, Kälber von nicht gegen die Blauzungenkrankheit geimpften Kühen außerhalb der Sperrgebiete (Bawü, RLP, Saarland, südliches Hessen, südliches NRW und Westen Bayerns) zu verbringen. Zuvor war dies nach negativer PCR-Blutuntersuchung und Behandlung mit Aufgussmitteln möglich. In Bayern kommen wöchentlich um 4.000 Kälber aus Sperrgebieten auf den Markt, können aber wegen der neuen Bestimmungen nicht verkauft werden. Dies führt zu Überbelegung der Ställe und erhöhtem GV-Besatz. In Bayern wurden mehr als 42.000 Rinder aus Sperrgebieten, die in freie Gebiete verbracht wurden, im aktiven Monitoring auf Blauzunge untersucht - bisher ohne einen Fall von Virusnachweis oder Erkrankung. Gemäß BMEL darf man frei getestete Kälber aber ohne Impfung nach Spanien, Italien und in die Niederlande verbringen - trotz berechtigter Kritik an Transporten lebender Tiere. An sich sollte man Kälber innerhalb der Sperrzonen problemlos weiterverkaufen können. Jetzt zeigt sich die Zerstörung regionaler Strukturen zu Aufzucht, Mast und Vermarktung von Kälbern durch agrar- und marktpolitische Fehlentscheidungen. Aus der Erfahrung grober Impf-

schäden sehen viele Bauern die faktische Impfpflicht kritisch. Schäden, die nach der Meldefrist von einer Woche nach der Impfung auftreten - nicht wenige! - erfasst die Statistik nicht. So fiel in Bayern 2008 und 2009 an Impfschäden die Summe von 202.280 Euro an, während die Tierseuchenkasse für direkte Blauzungenschäden nur 45.245 Euro gezahlt hat (Antwort des Umweltministeriums auf Anfrage Maria Noichls, SPD, 2010 MdL, seit 2014 MdEP). Vorsicht vor Impfungen empfiehlt sich, hat doch Pfizers BVD-Impfstoff vor einigen Jahren das Blutschwitzen der Kälber ausgelöst. Und die Maul- und Klauenseuche wurde jahrzehntelang durch Impfung verbreitet; erst mit dem Impfverbot ab 1992 ist sie bei uns verschwunden. Praktiker fürchten die Übertragung mit Impfpistolen. Das FLI bestätigt eine Übertragung „auf iatrogenem Wege, z. B. bei Verwendung einer Injektionskanüle für mehrere Tiere“. Auch wegen Impfstoffmangels hat die bayerische Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) die Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) gebeten, zur alten Regelung zurückzukehren. Diese lehnte das mit Verweis auf FLI-Empfehlungen ab. Die AbL Bayern sieht die Lage für Tierhalter und Tiere als sehr ernst an. Die Vorgaben sind überzogen. Wir fordern eine Überprüfung der Risikobewertung des FLI und die umgehende Erlaubnis zur Verbringung bei negativem PCR-Ergebnis.

*Andrea Eiter und Dr. Wolfgang Beer,  
AbL Bayern*



Handel von Kälbern durch Blauzungenkrankheit abgewürgt

Foto: Großmann/pixelio

**Betriebsspiegel:**

z. T. Plandaten:  
270 ha, davon 180 ha Acker und 30 ha Wald, Rest Grünland;  
Kulturen: Silomais, Speisekartoffeln, Getreide und Ackergras;  
Tierhaltung: 50 Mutterkühe und ein paar Hühner

**E**ndlich sollte es soweit sein – meine Freundin Regine und ich hatten nach monatelanger Vorarbeit am 19. Juni einen Notartermin zur Unterzeichnung eines Kaufvertrages für einen 270 ha großen Hof im Osten von Brandenburg vereinbart. Übergabe sollte laut Notarvertrag am 1. Juli sein. 100 ha des Hofes sind Eigenland. 80 ha können aus drei eigenen Brunnen beregnet werden. Die Hofstelle und das Wohn-

haus sind gut in Schuss. Und sogar die Mutterkühe und das komplette Hofinventar, samt Trecker und Maschinen, werden mit verkauft. Und: auch die Lage des Hofes passt für uns hervorragend. Das mittlere sechsstelligen Finanzierungsvolumen schreckte uns zu Beginn zwar ab, aber im Laufe der sich immer weiter konkretisierenden Planungen hatten wir uns an die hohen Beträge irgendwie gewöhnt. Wir wollten endlich ernst machen. Der Weg bis zum Notartermin war lang und steinig. In sich über Monate hinziehenden Betriebsbesuchen beim Altbauer und seiner Frau erbettelten wir Stück für Stück die nötigen Unterlagen, um bei den Banken überhaupt vorsprechen zu

können. Wir erstellten umfangreiche Finanzplanungen und einen ausführlichen schriftlichen Geschäftsplan. Gutachten wurden erstellt. Da unser Eigenkapital für die Finanzierung nicht ausreichte, suchten wir Mitgesellschafter, mit denen wir eine Kommanditgesellschaft (KG) gründeten, die dann wiederum Kreditnehmer wurde. Sowohl in die KG-Gründung als auch in die Betriebsplanung investierten wir mehrere tausend Euro. In unzähligen Telefongesprächen und E-Mails mit Beratern, Freunden, Behörden, Berufskollegen sowie unseren Familien fanden wir letztlich für jedes Problem eine Lösung. Unser Plan für den Kauf des Betriebes samt Umstellung auf ökologischen Landbau

hätte ausgereifter kaum sein können.

Am 11. Juni, also acht Tage vor Unterzeichnung des Kaufvertrages beim Notar und 19 Tage, bevor wir auf den Hof ziehen wollten, ruft der Altbauer bei uns an und sagt: „Wir werden am 19. keinen Notarvertrag unterzeichnen und am 30. keine Betriebsübergabe machen.“ Er serviert uns ab. Auf Nachfrage berichtet er, dass er den Betrieb nun doch einem Mitbewerber verkaufen wolle. Regine und ich sind fassungslos. Hatten wir doch grade noch den Kontrollvertrag für die Biokontrollstelle unterzeichnet und abgeschickt und den Antrag auf Existenzgründungszuschuss an das Arbeitsamt übersandt. Bildlich gesprochen saßen wir quasi auf gepackten Koffern. Von meiner Mutter erhielten wir nur wenige Tage vor diesem Ereignis eine Postkarte mit der Aufschrift: „Hast Du Glück, ist es gut. Hast Du kein Glück, ist es auch gut. Hast Du eben Pech gehabt. War vielleicht dein Glück. (Kurt Tucholsky)“. Wir werden alles, was wir angestoßen haben und was der Rückabwicklung bedarf, mit aufrechtem Gang rückabwickeln und dann nach neuen Wegen suchen. Irgendwo wartet auch ein Hof für uns.

*Phillipp Brändle,  
Berlin*

**Fassungslos**

**V**or vielen Jahren, kurz nach dem Studium, war mir eine Studie in die Hände gefallen, die sich mit den Verlusten von Insekten durch unterschiedliche Mähtechniken beschäftigte. Von der Sense über Messerbalken hin zu Scheiben- oder Trommelmähern steigen die Verluste an Tieren deutlich an und liegen bei letzteren mit im Schnitt 27 Prozent um den Faktor drei höher als bei Messerbalken. Obwohl es die Technik der Doppelmesser gibt, wird sie außer bei handgeführten Balkenmähern nirgendwo eingesetzt. Und so hatte auch ich mich vor zehn Jahren mit der Gründung des Hofes für Scheibenmähwerke entschieden, eins in der Front und eines im Heck. Für den trotz seiner 90 PS eher kleinen Traktor waren die fast 1.000 kg vorn und knapp 500 kg hinten eine Herausforderung. Normalerweise hätte man vielleicht einfach ein größeres Heckmähwerk genommen, aber wir haben viele Streuobstwiesen und da ist es von Vorteil, nicht so dicht an die Bäume fahren zu müssen. Eigentlich zufrieden mit der Ausrüstung rüttelte mich ein Bericht über einen jungen Bauern und Unternehmer aus dem Allgäu auf. Der hatte ein Doppelmessermähwerk „neu“ entwickelt. Die Technik - zwei Messer mit Klingen - die gegeneinander laufen, gibt es bereits seit den 60er Jahren. Es ist vor allem ein Unternehmen, das die Mähbalken und Messerklingen produziert. Das neue war es jetzt einen geeigneten Rahmen zu konstruieren, die Teile zu einem Mähwerk zusammenzubauen. Viel Engagement steckt Herr Banasky mit seiner kleinen Firma im Allgäu in die Weiterentwicklung dieser Technik. Dafür danke ich ihm inzwischen sehr. Denn nach einem langen Sommer und unzäh-



**Was kostet eine Heuschrecke?**

ligen Insekten auf den Schutztüchern der Scheibenmäher habe ich diese verkauft und die neuen Doppelmessermähwerke angeschafft. Eigentlich eine ökonomische Fehlleistung. Zwei gebrauchte, aber noch für viele Jahre funktionsfähige Geräte gegen zwei neue, da zahlt man nur drauf. Beruhigt habe ich mich mit der Aussicht, weniger Tiere zu verletzen. „Was kostet eine Heuschrecke?“, war meine Reaktion, wenn ich auf die Investition angesprochen wurde. Dabei gibt es noch viele weitere Argumente, die für eine andere Mähtechnik sprechen. Irgendwie ja auch eine Systemfrage. Zum einen fällt das enorme Gewicht weg. Der Schlepper fährt sich ganz anders, wenn statt 1,5 Tonnen nur 550 kg bewegt werden müssen. Und es ist viel leiser, weil man nur noch im mittleren Drehzahlbereich fährt. Neben dem Gewinn an Arbeitskomfort hat man auch noch einen um zwei Drittel geringeren Leistungsbedarf. Sehr entspannend ist auch, dass

man einfach vom Gas gehen kann, weil kein langes „Auf Touren kommen“ mehr nötig ist. Bleibt nur, dass Messer auch geschliffen werden müssen, ca. alle 15 ha, wenn es nicht zu viele Maulwurfshäufen gab. Die machen zwar die Messer stumpf, landen dafür aber nicht mehr im Futter. Die Schafe danken es. Und damit bleibt nur ein Wehmuts-tropfen, wenn man auf eine bunt blühende Wiese fährt: Die blühende Pracht wird zu Heu gemacht. Da ist es vielleicht einfacher ein monotones Grünland zu mähen ansatt einer bunten Wiese mit Margariten, gelbem Klee und roten Nelken Kommt aber im nächsten Jahr wieder und wird, wenn man den Mäh- und Beweidungstermin variiert, vielleicht sogar noch vielfältiger.

*Marcus Nürnberger,  
Schlächtern*

**Betriebsspiegel**

Biohof alte Schule:40 ha, davon 20 ha Streuobstwiesen, 10 ha Acker und 10 ha Grünland; 80 Rhön-schafe;  
Getreide für eine regionale Bäckerei; Mariendistel, Lein und Leindotter zur Ölproduktion

# Tierwohl in allen Theken

Erhöht der LEH den Standard für 100 % des Frischfleisches?

Die Anhebung der Tierwohl-Anforderungen für das gesamte Frischfleisch in den Regalen des deutschen Lebensmitteleinzelhandels (LEH) auf einen übergesetzlichen Standard haben sowohl Dr. Wilhelm Jäger vom Schlachtkonzern Tönnies als auch Martin Hofstetter von Greenpeace auf einer Veranstaltung zur staatlichen Tierwohl-Kennzeichnung ins Gespräch gebracht. „Warum gehen nicht alle auf Stufe 1, dann ist es durch“, fragte Jäger in seinem Vortrag auf der von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) organisierten Veranstaltung in Sendenhorst (Münsterland). Um das Frischfleisch im gesamten deutschen LEH auf einen höheren Standard anzuheben, müssten 30 bis 40 % der Schweine entsprechend gehalten werden, so Jäger. Würde auch Verarbeitungsware wie Wurst einbezogen, seien es etwa nochmal 10 % mehr. Dafür müssten aber noch dicke Bretter gebohrt werden, meinte der Tönnies-Abteilungsleiter. Greenpeace-Agrarexperte Hofstetter äußerte sich dazu optimistisch: „Wir halten es für durchaus realistisch, dass der Lebensmitteleinzelhandel 100 % des angebotenen Frischfleisches mit übergesetzlichen Standards labelt“, sagte Hofstetter.

## Stufenschweine

Die konkreten Tierwohl-Anforderungen könnten denen der geplanten staatlichen Tierwohl-Kennzeichnung ent-

sprechen, die der Abteilungsleiter des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Bernhard Kühnle vorstellte. Für Schweinefleisch seien drei Stufen oberhalb des gesetzlichen Standards vorgesehen: Stufe 1 bedeute u.a. 20 % mehr Platz je Tier im Stall und ständiger Zugang zu Rauhfutter und Beschäftigungsmaterial. Das sei ohne Umbaumaßnahmen möglich. Stufe 2 umfasse u.a. 47 % mehr Platz als gesetzlich vorgeschrieben, Aufteilung der Buchten in verschiedene Klimazonen, eingestreute bzw. weiche Liegeflächen ohne Spaltenboden sowie ein Verbot des Schwanzkupierens. Stufe 3 sehe zudem 100 % mehr Platz, einen Auslauf nach draußen, eingestreute Liegeflächen und einen weitgehenden Verzicht auf Spaltenboden im Stall vor. Ob diese staatliche Kennzeichnung aber kommt, ist derzeit offen. In beiden Regierungsfractionen gibt es Widerstand, der mit der Forderung nach einer verpflichtenden Kennzeichnung auch für den gesetzlichen Standard verknüpft wird. Kühnle sieht darin für die Verbraucherinnen und Verbraucher keinen Mehrwert. „Bei Bio kennzeichnen wir auch Bio und nicht das Nicht-Bio“, so Kühnle.

## Fehlende Klarheit

Welche Kostensteigerungen mit den Anforderungen auf die Bauern und Bäuerinnen zukommen, stellte Stefan

Leuer, Fachberater bei der Landwirtschaftskammer NRW, vor. Die wichtigsten Kostentreiber seien der zusätzliche Platzbedarf pro Tier sowie die ständige Bereitstellung von Rauhfutter und Beschäftigungsmaterial inklusive Arbeitskosten. In Stufe 3 entstünden insgesamt Mehrkosten von gut 60 Euro brutto je Schlachtschwein (+ 36 %), davon 20 Euro je Ferkel. In Stufe 1 seien die Mehrkosten mit 15 Euro je Schlachtschwein deutlich niedriger (+ 9 %). Diese Kosten müssten über höhere Preise und über eine Förderung z.B. für Investitionen ausgeglichen werden. Größter Hemmschuh für die Betriebe sei derzeit die fehlende Klarheit darüber, was genau komme und in welchem Zeitplan. Carl Ahrens-Westerlage, Schweinemäster aus Neuenkirchen und Mitbegründer des Vereins zur Förderung der Offenstallhaltung, stellte in einem eindrucksvollen Vortrag vor, was Schweinehaltung nach Stufe 3 in der Praxis bedeutet. Seine knapp 1.500 Mastplätze verteilen sich auf nunmehr fünf Mastställe, die in unterschiedlichen Jahren seit 2001 auf Offenstallhaltung mit Stroheinstreu, weitgehend mit Auslauf, umgebaut wurden. Ahrens-Westerlage hält Schweine mit nicht kupierten Ringelschwänzen (Langschwänzen). Das sei aber alles andere als einfach. Erste Voraussetzung seien gesunde und „gut erzogene“ Ferkel, die schon mit Stroheinstreu vertraut sind. Besonders wichtig sei eine intensive Beobachtung der Tiere, um frühzeitig auf Verhaltensänderungen reagieren zu können. Neben dem Herausnehmen einzelner Problemtiere gelte es, den Tieren immer wieder Abwechslung zur Beschäftigung zu verschaffen. Ahrens-Westerlage erläuterte eindringlich, welche Probleme er bei der Genehmigung seiner Um- und Neubauten hatte, obwohl er den Tierbestand nicht erhöht hat. Weil Standardwerte für Emissionen von Auslauf-Ställen fehlten, habe die Genehmigungsbehörde überhöhte Werte angesetzt. „Wir mussten alles neu genehmigen lassen. Das hat uns mehr als 20.000 Euro gekostet“, berichtete er.

## Mehr Selbstbewusstsein

Vermarktet werden die Tiere von Ahrens-Westerlage u.a. über die Firma Tönnies in ein besonderes Markenprogramm. Dr. Wilhelm Jäger führte aus, dass es derzeit in Deutschland über 30 verschiedene Label für Schweinefleisch

gebe. „Wir finden es gut, wenn das staatliche Tierwohl-Kennzeichen Fahrt aufnimmt“, so Jäger. Denn eine staatliche Kennzeichnung habe eine besondere Glaubwürdigkeit beim Verbraucher und die Vielfalt der Programme erfahre dadurch eine gewisse Standardisierung, „die wir dringend brauchen“, fuhr Jäger fort. Um die Akzeptanz der Verbraucher für höhere Preise macht sich der Marktkenner wenig Sorgen. Die üblichen Preisschwankungen seien größer als die erforderlichen Preisaufschläge für mehr Tierwohl. „Wir müssen als Branche insgesamt wieder selbstbewusster an die Kunden herantreten“, forderte er. Martin Hofstetter von Greenpeace kritisierte die Handelsketten dafür, dass sie für Tierwohl derzeit keine Marketingaktivitäten bzw. Werbung entfalten. Er erwarte aber, dass der LEH in Kürze die Zusage geben werde, die Finanzierung der Initiative Tierwohl über das Jahr 2020 hinaus fortzuführen und dann die Kennzeichnung der einzelnen Schweinefleischwaren mit einer konkreten Haltungs-Stufe (Nämlichkeit) verlangen werde. Für Ferkelerzeuger, die von Aufpreisen im Laden nicht direkt profitieren könnten, sei ein Finanzierungsfonds einzurichten, in den auch der Bund einzahlen solle, so Hofstetter.

## Mitreden!

Sauenhalter Günther Völker von der AbL bezweifelte, ob das ausreichen werde angesichts der notwendigen Änderungen auf den Höfen. Der Wissenschaftliche Beirat des BMEL beziffere die Mehrkosten für eine gesellschaftlich akzeptierte Nutztierhaltung auf 5 Milliarden Euro pro Jahr. Das erfordere zusätzliche staatliche Finanzierungsinstrumente. „Ich glaube nicht an die große Güte des LEH“, so Völker. Hugo Gödde, Sprecher des NEULAND-Markenverbunds und Moderator der Veranstaltung, sieht in der einsetzenden Differenzierung im Fleischbereich große Chancen für die Landwirte. „Beim Thema Tierwohl sind die Bauern gefragt, denn die Qualität hängt direkt mit ihrem Tun zusammen. Das können weder der Handel noch die Schlachter umsetzen. Das bedeutet, dass die Bauern jetzt wieder mitreden können. Das muss uns bewusst werden, damit wir das nutzen können“, rief Gödde die versammelten Schweinehalter auf.



Carl Ahrens-Westerlage und seine Frischluft-Schweine

Foto: Etienne

„Rettet die Bienen!“, der durchschlagende Erfolg des Volksbegehrens in Bayern hat das Thema Biodiversität und ein drohender Verlust derselben auf die Titelseiten der Zeitungen und in die Debatten von Politik und Gesellschaft gespült. Bauern und Bäuerinnen kommen in den Erzählungen als Adressaten von Anforderungen der Gesellschaft vor, sie sollen handeln und zwar schnell. Mit der Frage, wie sie das sinnvoll können, werden sie dann allerdings weitestgehend allein gelassen, ebenso wie mit möglichen finanziellen Auswirkungen. Zu wenig ist es aber auch Bauern und Bäuerinnen bislang gelungen, bäuerliche Anliegen, auch bäuerliche Expertise konstruktiv in der aufgeheizten Debatte einzubringen. Dabei gibt es durchaus Gestaltungsmöglichkeiten, umso wichtiger ist, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen!



## Artenschutz geht nur gemeinsam

Für den Umbau der Landwirtschaft braucht es mehr als ein Erfolgreiches Volksbegehren

Erst war es nur in Bayern, dann kamen sie auch in Baden-Württemberg und Berlin-Brandenburg: Volksbegehren zum Schutz der Artenvielfalt. „Rettet die Bienen“ war der eingängige Slogan in Bayern, mit dem es den Initiatoren gelang, 18,4 Prozent der Wahlberechtigten zur Unterschrift zu animieren. Die Details der inzwischen in Gesetzen festgeschriebenen Regelungen und vor allem ihre Auswirkungen auf die Landwirte traten während des Prozesses hinter dem Slogan zurück. Wer wollte auch kein Bienenretter sein?

Ohne die konkreten Umsetzungen nochmals zu beleuchten (siehe BS 3/19), zeigt der Ablauf die große, auch emotionale, Anteilnahme an dem Volksbegehren in Bayern, eine für die Landwirtschaft wichtige Entwicklung, auch wenn diese nicht gerade erst begonnen haben dürfte. Die Gesellschaft entdeckt ihr Interesse an der Landwirtschaft. Vielleicht war es die Einführung des Biosiegels im Jahr 2001, vielleicht waren es die Kampagnen gegen Gentechnik auf den Feldern, mit denen die Auseinandersetzungen um die Art und Weise, in der unsere Lebensmittel auf den Feldern wachsen, so in die Öffentlichkeit getragen wurden, dass diese daran Anteil nahm. Bei Bio wohl eher kritisch hinterfragend, bei Gentechnik sich informierend ablehnend. In den vergangenen Jahren sind – durch die Berichterstattung, aber auch durch gezielte Informationskampagnen, die immer wieder auftretenden Lebensmittels-

kandale und eine immer schärfere Diskussion um die Berechtigung von EU-Subventionen für Landwirte – auch die Qualität der Tierhaltung, der Schutz des Grundwassers und ganz aktuell der Artenschutz in den Fokus des gesellschaftlichen Interesses gerückt. Und ganz offensichtlich gibt es große Diskrepanzen zwischen den gesellschaftlichen Vorstellungen und der landwirtschaftlichen Wirklichkeit. Der vom Bauernverband immer wieder eingeforderte Vertrauensvorschuss, „Wir wissen wie es geht. Wir machen das schon!“, wird nicht mehr gewährt. Stattdessen wollen alle mitreden. Und damit steht die Angst der in der Stadt Lebenden vor Giftwolken aus Pestiziden, mit Nitrat verseuchtem Grundwasser und einer ausgeräumten toten Landschaft der Angst der in der Landwirtschaft Tätigen gegenüber, die sich einer anonymen Menge von Kritikern gegenüber sehen, die ein nicht selten diffuses Bild von Landwirtschaft zeichnet, immer neue Auflagen fordert und meist wenig Einblicke in den landwirtschaftlichen Alltag und die ökonomische Situation auf den Betrieben hat.

### Grund für Veränderung

Dass es aber nicht einfach nur um mehr Bullerbü, um die Verwirklichung eines städtischen Traums von Landlust geht, das zeigen die verschiedenen wissenschaftlichen Studien. Der Weltagrarbericht zeigt, dass eine kleinbäuerliche Landwirtschaft nach ökologischen

Grundsätzen die Welternährung sichert, Ressourcen und Natur schon und demokratische Strukturen fördert. Für Deutschland benennt der wissenschaftliche Beirat die Probleme in der Tierhaltung, der Nitratbericht erfasst die Grundwassersituation und der UN-Artenschutzbericht (IPBES) warnt vor einem massiven Insektensterben. Und über allem droht der Klimawandel massive Veränderungen an. Was wäre leichter und beruhigender, als die Schuldigen zu suchen und von ihnen die „nötigen“ Veränderungen zu fordern. Ist es das, was gerade passiert? Wir haben erkannt – ihr müsst handeln?

### Ein Dilemma

Bei einem vom WWF initiierten zweijährigen Gesprächsprozess zwischen Landwirtschafts- und Naturakteuren wurde das weitgehende Fehlen von Naturschutz in der „produzierenden Landwirtschaft“ bemängelt. „Das liegt auch daran, dass einerseits die Fachkräfte des Naturschutzes in ihrer Ausbildung in der Regel die Grundlagen und Praxis der Landwirtschaft kaum kennenlernen – und andererseits die bäuerliche Lehre und das Landwirtschaftsstudium nur sehr wenig Wissen über ökologische Zusammenhänge mit sich bringen.“ so das zusammenfassende Protokoll. Zu den wenig wahrgenommenen Anforderungen an Bäuerinnen und Bauern zählen in besonderer Weise die ökonomischen Heraus-

forderungen. Natürlich bestehen ökonomische Abhängigkeiten in der gesamten Landwirtschaft, ganz unabhängig von der Wirtschaftsweise. Vor allem haben sich aber über Jahrzehnte, gefördert von einer Politik, die günstige Lebensmittel garantieren will, Abnahme und Veqqrarbeitungsstrukturen entwickelt, die schon aufgrund ihrer Größe die freie Wahl des Abnehmers landwirtschaftlicher Produkte einschränken. Genannt seien hier nur die Molkereien oder die großen Getreidehandels- und Schlachtunternehmen. Spezialisierung, Rationalisierung und damit Kostenersparnis waren und sind die bekannten Reaktionen auf den Höfen. Wie in vielen anderen Bereichen auch wurden externalisierte Kosten für Umwelt und Gewässerschutz nicht eingepreist, wird Tierschutz nicht bezahlt, solange das Schnitzel nicht an Marktwert leidet.

### Mach doch Bio

In allen derzeit bekannten Volksbegehren zum Artenschutz wird ein deutlicher Ausbau des ökologischen Landbaus gefordert. Vielleicht liegt es an den Worten Ökologie und ökologischer Landbau, dass bei vielen Menschen das Gefühl entsteht: Wenn nur alle Bio machen, ist auch der Artenschutz gesichert. Dabei war die „Ökologie“ ursprünglich eine neutrale Wissenschaftsdisziplin, die sich auch durch die Im-

Fortsetzung von Seite 11

pulse des Club of Rome in den 70er Jahren zu einer positiven Norm entwickelte, die heute einen umweltverträglichen Umgang mit der Natur beschreibt. Ökologischer Landbau ist also gut und konventioneller schlecht? Der in diesem Zusammenhang entscheidende Unterschied in der Wirtschaftsweise ist der Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und mineralische Dünger. Unbeachtet bleibt allerdings die für die Artenvielfalt entscheidende Frage nach den Größen- und Landschaftsstrukturen. Übersehen wird, dass auch ökologisch wirtschaftende Betriebe unter einem zunehmenden ökonomischen Druck stehen. Dessen massive Auswirkungen auf Strukturen und Wirtschaftsweisen zeigt der auf Natur und Agrartheorien spezialisierte Journalist Stephan Börnecke in seinem Beitrag in der *Ökologie&Landbau* (1/19) auf: „Aber wachsende Schlaggrößen, verringerte Saumstrukturen, hohe Saatgutreinheit, intensive, wenn auch mechanische Unkrautbekämpfung sowie ein hoher Anteil an Wintergetreide können viele Vorteile des Ökolandbaues wieder zunichtemachen. Dieser unheilvolle, aus ökonomischem Druck entstehende Trend muss aufgehalten werden.“

### Vielfalt braucht Strukturen

Schon in der 90er Jahren zeigten fauni-

stische Untersuchungen in der Wetterau, östlich von Frankfurt, dass die Vielfalt auf dem Acker in erster Linie von dessen Größe und den zur Verfügung stehenden Saumstrukturen als Rückzugs- und Wiederbesiedlungsrefugium abhängt. Ob die Fläche ökologisch oder konventionell bewirtschaftet wurde, spielte, wenn überhaupt, nur eine nachgeordnete Rolle. Für die untersuchten Käfer, Spinnen und Schwebfliegen stellt der Acker einen extremen Lebensraum dar. Beständen mit vorwiegend einer Pflanze bietet er keine Vielfalt und wird mit der schlagartigen Ernte im Sommer zur lebensfeindlichen „Wüste“. Es sind also die vielfältigen Feldränder, Hecken und Gräben, die Vielfalt ermöglichen. Und dabei bieten Strukturen mit kleinen Feldern mehr als große. Den Schlag einfach teilen und Weizen neben Gerste anbauen, löst dieses Problem nicht. Im Gegensatz zu den Forderungen nach einer Trennung von intensiv landwirtschaftlich genutzten Gebieten und Naturschutz weist Prof. Dr. Teja Tschardt, Leiter der Abteilung Agrarökologie der Uni Göttingen, auf die enge Verflechtung von Biodiversität und Landwirtschaft hin: „Viele Arten sind auch für den Landwirt von Nutzen. In den Kulturlandschaften Europas sind viele schützenswerte Arten an extensiv bewirtschaftete Lebensräume angepasst. Diese Arten sind durch die zunehmende landwirtschaftliche Intensivierung be-

droht.“ In ihrer interdisziplinären Studie zur Frage nach Trennung oder Integration von Naturschutz in „Produktionslandschaften“ argumentieren die Forschenden für eine stärkere Integration dieser beiden kontrastierenden Konzepte. „Moderne und nachhaltige Agrarlandschaften erfordern sowohl landsparende und ertragreiche Produktionsgebiete, unberührte Lebensräume als auch extensiv bewirtschaftete Flächen. Diese Kombination ermöglicht nicht nur die höchste Artenvielfalt, sondern fördert auch Ökosystemdienstleistungen wie die Bestäubung und biologische Schädlingsregulierung durch Insekten und Feldvögel. Diese sind für eine nachhaltige Agrarproduktion essenziell“, so der Autor Dr. Ingo Grass.

### Gemeinsam umbauen

Wenn es jetzt zu Recht darum geht, die negativen Auswirkungen einer einseitig auf Produktivität getrimmten Landwirtschaft mit niedrigen Preisen und geringen Gewinnspannen abzubauen und damit in einer gesamtheitlichen Betrachtung die Qualität des Produktionsprozesses und in der Folge auch der Produkte zu erhöhen, bedarf dies eines Prozesses, bei dem die Landwirte die zentrale Rolle haben, aber nicht allein gelassen werden dürfen. Ganz besonders, wenn man landwirtschaftliche Strukturen erhalten will, die überhaupt erst in der Lage sind, die Vielfalt auf den Äckern, Wiesen und Feldern zu erhalten. mm



Die Schönheit des alltäglichen

Foto: Kuhn/pixelio

## Frieden mit den Unkräutern schließen

Auf dem Hof Hartmann herrscht Vielfalt

Falls es sie noch nicht gibt, müsste man für Jochen Hartmann die Insektenbestimmungs-App fürs Smartphone erfinden. Ohne sie macht er nur ein Foto von dem Käfer und dessen Gelege auf dem begrannenen Weizen auf seinem Acker und zeigt es wahrscheinlich bei Gelegenheit einem Käferkundler. „Was ist denn das für einer, so einen hab ich ja noch gar nicht gesehen“, sagt der Bauer angesichts des steckna-

delkopfgroßen beigen Sechsheiners und es schwingt Begeisterung mit. Hartmann merkt man an, dass er mag, was er tut – Landwirtschaft und Naturschutz – und dass beides zusammen geht. „Die wollen wir hier“, sagt er im nächsten Moment nachdrücklich und weist auf die kleine Schwebfliege mit ihrer Helikoptereigenschaft, in der Luft stehen bleiben zu können. Und zwar deshalb, so Hartmann, weil sie sich

gleich die nächste Laus in seinem Weizen suche, und nicht nur, weil die Bürger sie unter dem Schlagwort Artenvielfalt wollten. Jochen Hartmann bewirtschaftet gemeinsam mit seiner Frau Hilke einen Hof in Niedersachsen, vor den Toren der alten Hansestadt Lüneburg, 200 Hektar Acker, Kartoffeln, Zuckerrüben, Weizen, Gerste, Erbsen,

Fortsetzung Seite 13

## Volksbegehren

Die Forderungen der aktuellen Volksbegehren zum Artenschutz (in Auszügen)

### Bayern:

„Rettet die Bienen“ ist bereits erfolgreich abgeschlossen und nach Gesprächen am Runden Tisch im gesetzlichen Umsetzungsprozess

#### Forderungen:

- Ökologische Landwirtschaft auf mindestens 20 Prozent bis 2025 erhöhen.
- Blühende Randstreifen an Gewässern keine Pestizide auf staatlichen Flächen und in Schutzgebieten
- 10 Prozent des Grünlands Bayerns nicht vor dem 15. Juni mähen und Grünland nicht mehr nach dem 15. März walzen
- Hecken, Bäume und kleine Gewässer in der Landwirtschaft erhalten.
- Innerhalb von zehn Jahren 13 Prozent der Landesfläche als Biotopverbund ausweisen.

### Baden-Württemberg:

Die erste Runde des Volksbegehrens „Rettet die Bienen“ wurde am 9.6.19 abgeschlossen. Hierfür waren 10.000 Unterschriften nötig. Nach der Prüfung des Volksbegehrens durch die Landesregierung müssten sich mindestens 10 % der Wahlberechtigten, also ca. 680.000 beteiligen

#### Forderungen:

- 50% Ökolandbau bis zum Jahr 2035
- landeseigene landwirtschaftliche Flächen werden ökologisch bewirtschaftet
- Halbierung der Pestizidmenge bis 2025
- keine Pestizide in Schutzgebieten
- besserer Schutz des Biotopverbunds
- Monitoring und jährlicher öffentlicher Bericht zur Artenvielfalt

### Brandenburg:

Trotz Gesprächen zwischen Vertretern des Bauernverbands und der Natur- und Umweltschutzverbände konnte keine gemeinsame Linie gefunden werden. In der Folge gibt es zwei Volksbegehren. 20.000 Unterschriften binnen eines Jahres (bis Frühjahr 2020)

#### Landesbauernverband:

„Mehr als nur ein Summen“

- Beruht auf Freiwilligkeit.
- Einrichtung eines Kulturlandschaftsbeirates
- Schaffung einer Koordinierungsstelle Insektenforschung
- Einzelmaßnahmen zum Insekten-schutz ab 2020 gegenfinanziert
- jährlich 5.000 ha Blühflächen, Grünstreifen und Blühinseln
- finanzielle Unterstützung der Weidetierhalter
- Reduktion von Pflanzenschutzmitteln

#### Natur- Umwelt- und Imkerverbände:

„Artenvielfalt retten-Zukunft sichern“

- Pestizidverbot in Schutzgebieten
- Landeseigene Flächen naturverträglich / ökologisch bewirtschaften
- 10 Meter breite Gewässerrandstreifen
- EU- und Landesgelder für eine am Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft



Jochen Hartmann in der Vielfalt aus Blühstreifen, Weizen, Neubaugebiet

Foto: Schievelbein

#### Fortsetzung von Seite 12 unten

sechs Hühnermobile mit insgesamt 2.300 Legehennen und 600 Masthähnchen. Die Hühner laufen zum Teil an der Hauptstraße unter Gehölzen, das fällt auf und lockt die zugezogenen Hamburger und Lüneburger, aber auch die Dörfler auf den Hof. Die Direktvermarktung läuft und viele Kunden sagen den Hartmanns, „wie schön sie finden, was wir machen. Diese Wertschätzung, das wünsche ich jedem, dass er die erfährt“, sagt Hartmann, weil sie unheimlich motiviere und einen zwei, drei Schritte mehr machen lasse, als man eigentlich müsse.

#### Betriebszweig Biodiversität

Vor etwa fünf Jahren war er auf einem Symposium zu Bodenfruchtbarkeit. Beindruckt habe ihn dort, dass unterschiedlichste Leute zusammensaßen und in der Sache diskutierten. Die Erfahrung zu machen, Naturschützer hörten Bauern zu und umgekehrt, bestärkte Hartmann. „Wir müssen uns mit Respekt und Anerkennung begegnen, wir Bauern können eine Menge von Naturschützern lernen.“ Die Bauern redeten immer viel und gerne von Technik, welchen Beitrag aber Landwirtschaft zum Schutz der Artenvielfalt leisten und dass Biodiversität ein landwirtschaftlicher Betriebszweig werden könne, vielleicht müsse, gehört für Hartmann mit in die Debatte. Seit drei

Jahren ist der Hof Hartmann einer der zehn bundesweiten Demobetriebe des Projektes F.R.A.N.Z., in dem die Universität Göttingen, das Thünen-Institut und der Nabu gemeinsam mit den Bauern und Bäuerinnen auf zehn Prozent ihrer Fläche Biodiversitätsmaßnahmen umsetzen und auf ihre Wirksamkeit im Hinblick auf den Naturschutz, die Betriebswirtschaft, aber auch auf sozioökonomische Faktoren hin untersuchen. Finanziert von der Michael-Otto-Stiftung werden dabei die Aufwendungen und die Ertragsminderungen der Kulturpflanzen – ein entscheidender Unterschied zu dem, was an offizieller Förderung bislang möglich ist. So kann Biodiversität tatsächlich auch in der Fläche zum Betriebszweig werden. Jochen Hartmann wirbt allerdings dafür, hier nicht kleinlich zu rechnen, weil er auch einen erheblichen Nutzen für den Rest seines Wirtschaftens sieht. Klimaschutz, Bodenfruchtbarkeit, Humusaufbau, Nützlingsschutz, für ihn gehört alles zusammen.

#### Es blüht

Zum Teil verwischen bei Hartmann Schutzraum und Wirtschaftsfläche gewollt. Da ist der Extensivacker mit Sommergerste in halber Saatstärke und doppeltem Reihenabstand mit einer blühenden Untersaat aus Horn-, Rot- und Gelbklee sowie Leindotter und ohne Pestizide und Düngung. Mit der Hälfte des Ertrags rechnet Hartmann

dort, aber Aufwendungen und Arbeit sind auch geringer und kaum Unkraut zu sehen. Dafür krabbelt es auf dem Boden, der eine lockere Struktur aufweist. Nach der Gerstenernte wächst die Untersaat auf und begrünt den Acker bis zum nächsten Frühjahr, sammelt und bindet Nährstoffe, verhindert Erosion, bietet Insekten Nahrung und Schutz. In anderen Äckern gibt es Feldvogel- und Kiebitzinseln, hektargroße „Brachen“, zum Teil mit Erbsen aufgefüllt, in denen die klassischen Bodenbrüter der Ackerflur Nahrung finden und ihre Jungen aufziehen können. Der klassische Blühstreifen wirkt da schon fast banal neben all dem. Gerade wenn es der mehrjährige ist, der weniger bunt und mehr graugrün oder höchstens jetzt weiß von Lichtnelke, Schafgarbe oder wilder Möhre blüht. Ganz andere Tiere finden hier Nahrung und Unterschlupf, Feldhasen, Rehwild, Amphibien – nicht weniger wichtig. Für Hundespaziergänger hat Hartmann ein Schild aufgestellt, damit sie da mit- und nicht drüber gehen. Unordnung am Ackerrand muss nicht nur Bauern und Bäuerinnen erklärt werden, sondern auch dem ebenfalls über Jahrzehnte an etwas anderes gewöhnten Städter.

#### Auch mal scheitern

An einem Kartoffelacker hat Hartmann ein „blühendes Vorgewende“ angelegt, unterschiedliche Falter flattern in der individuell zusammengestellten Wild-

blumenblümmischung. „Letztes Jahr hatten wir sogar Schwalbenschwänze“, die großen Schmetterlinge sind eine echte Augenweide. Ein Vorgewende muss, wie der Name sagt, auch mal befahren werden. Deshalb ließe es sich – bislang zumindest – nicht als Agrarumweltmaßnahme fördern, obwohl, jetzt blitzt bei Hartmann wieder Begeisterung auf, „manche Insekten oder Schmetterlinge sogar Beschädigungen an Pflanzen regelrecht brauchen, zum Beispiel zur Eiablage an geknickten Stängeln“. Das habe jemand, der mit einer Naturschutzgruppe auf den Hof gekommen sei, erklärt. „Man muss immer wieder ins Gespräch kommen“, sagt Hartmann und das gelte natürlich auch für die landwirtschaftlichen Berufskollegen. Verunkrautung, ja, das sei schon ein Angstthema, er versuche das dann zu entkräften: Man müsse gut beobachten und ein Verständnis dafür entwickeln, dass alle Pflanzen für irgendwas gut sind. Gänsefuß, Knöterich, Windhalm, die sollen auch bei Jochen Hartmann am besten gar nicht groß werden, er steigt auch auf die Spritze oder „macht einen Teil eines Randstreifens um“. Aber: „Wir hatten immer Probleme mit Quecke, die haben wir auch mit Glyphosat nicht totgekriegt.“ Es werde immer geredet vom Wirtschaften mit der Natur, aber vieles empfinde er eben auch als Kampf, sagt Hartmann ehrlich. Nicht alle Kämpfe gewinnt er: Auf einem Weizenschlag hat er dieses Jahr auf Herbizide verzichten wollen, nun winkt der Windhalm großflächig im lauen Lüftchen der Junihitze. „Man muss auch mal scheitern dürfen“, wünscht sich Hartmann, ohne dass es gleich existenzbedrohend sei oder von den Nachbarn verrissen werde. Und Bauern müssten auch Dinge im Hinblick auf die Biodiversität wagen dürfen, ohne dass sie gleich fürchten müssten, die Flächen gänzlich an den Naturschutz zu verlieren. „Wir haben über viele Jahre Produktion und Naturschutz entkoppelt, um billige Lebensmittel zu erzeugen“, jetzt gehe es darum, beides wieder zusammen zu führen und gemeinsam gute Lebensmittel in Wert zu setzen. Dafür brauche es die Verbraucher, die anders einkaufen, und die Politik, die anders fördere. Vor allem brauche es aber Bauern, die sagten „Wir probieren was aus und wir kriegen das hin!“ und die Frieden schlossen mit Unkräutern, so Hartmann. Wenn es um die Landwirtschaft der Zukunft gehe, heiße es immer: „Digitalisierung!“ Hartmann hat eine andere Vision: „In zehn, fünfzehn Jahren wird kaum noch eine Kultur alleine auf dem Acker stehen.“

# Vielfältige Maßnahmen für mehr Vielfalt wichtig

Bauern und Bäuerinnen mitzunehmen ist die erste Maßnahme

**B**iodiversitätsverlust, Artensterben, die nicht mehr vorhandenen Insekten auf den Autoscheiben und in den immer weniger vollen Fallen des Krefelder Entomologischen Vereins – sehr plakativ und mit Schlagwörtern wird eine sehr wohl ernst zu nehmende Entwicklung öffentlich bespielt, um dann auch mit der einfachen Antwort „Die Landwirtschaft muss was tun“ zu reagieren. Was genau und wie, damit werden Bauern und Bäuerinnen dann weitestgehend erst einmal allein gelassen. Einzig in Bayern gab es bislang ein der Officialberatung angegliedertes Fünf-Jahres-Projekt „Wildlebensraumberatung“ mit sage und schreibe sieben Beratungsbüros für ganz Bayern. „Das ändert sich jetzt mit dem Volksbegehren“, Philipp Bozem ist der Leiter des Projekts und kann auf Entfristung und 20 neue Stellen hoffen. „Dadurch, dass wir in den Landratsämtern sitzen, haben wir schon einen Vertrauensvorsprung bei den Landwirten“, sagt Bozem, „dass wir doch in deren Sinne agieren.“ In Individualberatung versuche man aus einem Maßnahmenkatalog von rund 50 in Bayern förderfähigen Maßnahmen etwas zusammenzustellen. Man müsse es den Bauern und Bäuerinnen leicht machen, sie da abholen, wo sie jeweils stünden, ist Bozem überzeugt. Ein Bewusstseinswandel habe bei den meisten längst eingesetzt, wenn es auch vor Ort mit dem Einzel-

nen oft leichter sei als mit Verbandsfunktionären, die häufig nicht von politischen Auseinandersetzungen lassen könnten. „Es bleibt eine Daueraufgabe“, ist Bozem sich sicher, „bietet aber auch Chancen für die Landwirtschaft.“ Beispielsweise, wenn die Förderung nicht nur die Einbußen kompensiere, sondern auch zum Einkommen beitragen könne. Das fordert auch Philip Hunke ein, der vom NABU für die ökologische Betrachtung des Biodiversitäts-Projektes F.R.A.N.Z. zuständig ist. Darin werden auch ökonomische und sozioökonomische Faktoren betrachtet und die Frage gestellt, warum denn nach wie vor nicht alle Mittel für Agrarumweltmaßnahmen überhaupt abgefragt werden. „Bürokratie, Kontrolle, Sanktionen, starre Vorgaben und die Tatsache, dass nur der Aufwand vergütet wird“, das führe, so Hunke, nicht gerade zu viel Motivation, Dinge auszuprobieren, von denen man dann auch gar nicht so genau wisse, wie es funktioniere. Ein praktisches Beispiel ist das Verbot, Blühstreifen zu befahren. Dort zum Beispiel weder ausnahmsweise mit einer Beregnungsmaschine drüber zu dürfen noch schlecht aufgelaufene Bereiche oder Problemunkräuter mulchen zu dürfen, hält Bauern und Bäuerinnen davon ab, es überhaupt zu machen. Ähnlich ist es mit den starren Aussaatterminen für Blühstreifen, im Extrem führe das

dazu, dass eine teure Blühmischung in einen zu nassen Boden geschmiert werde und dann nicht gut auflaue und damit den von Bauern und Bäuerinnen gefürchteten Allerweltsunkräutern Raum verschaffe. Dabei sind Blühstreifen „Einstiegsdrogen“. Am Anfang traut man sich vielleicht nur die hauptsächlich hübsche einjährige Blühmischung zu, später vielleicht auch die mehrjährigen und mit vielfältigen Wildblumenmischungen sind die es dann, die wirklich Wirkung entfalten für Insekten, kleine Säuger und Amphibien.

## In die Fläche

Hunke wie auch Bozem verweisen darauf, dass hier auch Ausbildung stärker (wieder) einsetzen muss. Was früher alltägliches bäuerliches Wissen war, fehlt heute als Inhalt in der Berufsausbildung „und im Studium bleibt die Vorlesung zum Thema zu oft noch nur spärlich besucht“, beschreibt Bozem, was auch noch an Bewusstseinsbildung fehlt. Viel stärker müsse man jenseits der Blühstreifen in Biotopverbänden denken, die entstehen müssten. Vielfalt der Pflanzen und Tiere erreiche man vor allem durch eine Vielfalt in den Maßnahmen, möglichst noch kleinräumig umgesetzt. „Und Unordnung ist gewünscht“, sagt Bozem. Das ist etwas anderes als das, was bislang die Agenda der Landwirtschaft auch politisch bestimmt hat. Hunke wünscht sich entsprechend mehr Flexibilität in dem, was politisch gefördert wird, aber auch in dem, was auf dem Acker passiert. „Der Dialog mit den Landwirten ist das Wichtigste“, dann gehe vieles, sagt Hunke. Aber er nehme generell gerade eine eher resignative Stimmung in der Landwirtschaft wahr, es sei „einfach alles zu viel“ an Auflagen, Verschärfungen, Vorwürfen. Dabei hätten die Bauern und Bäuerinnen den Hebel in der Hand, „und das wissen sie meist auch“, um zumindest vom gesellschaftlichen Pranger wegzukommen.

## Hand reichen

Wenn sie vor Bauern und Bäuerinnen Veranstaltungen mache, sagt Eva Meyerhoff, Naturschutz-Beraterin am Kompetenzzentrum Ökolandbau in Niedersachsen (KÖN) und selbst Bio-bäuerin, dann sei die Reaktion der Versammlung oft verhalten oder skeptisch, hinterher komme dann aber so mancher und bedanke sich und frage sie,

was man denn machen könne auf dem Hof. Am liebsten sei den Bauern und Bäuerinnen der erste Schritt: etwas auf der Hoffläche zu machen. „Einen Kasten für eine Schleiereule oder Fledermaushöhlen, die hängen alle gerne auf.“ Das tue nicht weh, auch eine nasse Ecke aus der Bewirtschaftung zu lassen und die Wegränder nicht viermal im Jahr abzumulchen, darüber ließe sich reden. „Aber wenn es wirklich was bringen soll, dann muss man schon anspruchsvoller rangehen.“ Acht bis zehn Prozent der Fläche rauszunehmen aus der Bewirtschaftung hieße allerdings bei den momentanen Pachtpreisen eine echte Kröte zu schlucken. Und auf der bewirtschafteten Fläche? Die intensive Grünlandnutzung mit bis zu fünf Schnitten Sorge dafür, dass kaum etwas blühe, Insekten kaum Nahrung fänden. Hier gelte es runterzufahren, später und nur noch zwei-, dreimal und dann mit einem Messerbalken zu mähen. Biobetriebe seien genauso gefordert, manchmal, so Meyerhoff, seien die schließlich sogar noch intensiver in ihrer Grünlandnutzung als konventionelle, weil mehr Milch aus dem Grundfutter kommen müsse. Gerade in Norddeutschland ist aus Meyerhoffs Sicht noch viel Luft nach oben. „Es ist eben Grünland und nicht Wiese.“ Auf dem Acker mache der Ökolandbau „einen Riesenunterschied“, selbst wenn gehackt und gestriegelt werde, hätten Erhebungen des KÖN immer einen deutlich höheren Anteil an Blüten ergeben. Keine Herbizide und Insektizide und auch das geringere Nährstoffniveau, die lockeren Bestände lassen Vielfalt mehr Raum. Das begünstigt nicht nur Pflanzen und Insekten, sondern auch die Ackervögel. „Dichte und feuchte konventionelle Getreidebestände sind für eine Feldlerche wie eine Wand.“ Da reiche auch ein kleines Fenster nicht. Aber Meyerhoff weiß auch, dass sie mit Maximalforderungen nirgendwo landet. „Viele Bauern und Bäuerinnen stehen mit dem Rücken zur Wand, ich versuche die Hand zu reichen.“ Viele würden gerne, so Meyerhoff, tatsächlich mehr machen. „Ich merke dann immer, dass sie das auch nicht können, weil das EU-Fördersystem so läuft, wie es läuft.“ Wenn die Politik es also ernst meint mit dem Schutz der Biodiversität, hat sie wichtige Hebel in der Hand. Die Vorschläge liegen auf dem Tisch, allen voran das Punktesystem der AbL. cs



Aufwuchs in Öko-Kartoffelreihen endet kurz vor der Ernte im Schlegler

Foto: Bohnhorst

# Generalanwalt sieht Datenweitergabe kritisch

Im EuGH-Verfahren gegen Thüringen folgt der Schlussantrag der IG-Nachbau-Sicht



Nun hat der Generalanwalt gesprochen oder besser: geschrieben. Wieder einmal hatte eine juristische Auseinandersetzung rund um die Nachbaugebühren die höchste europäische Instanz, den Europäischen Gerichtshof (EuGH), erreicht. Aber diesmal ging es nicht um einzelne Bauern und Bäuerinnen oder Aufbereiter, sondern um die Daten aller landwirtschaftlichen Betriebe in Thüringen. Dort hatte nämlich das Landesamt, welches für die Abwicklung der EU-Förderung zuständig ist, eine Aufforderung von der Saatgut-Treuhandverwaltungs-GmbH (STV) erhalten, sämtliche Anbaudaten der landwirtschaftlichen Betriebe im Land an sie weiterzugeben. Die Beamten weigerten sich und wurden von der STV verklagt. Nachdem das erstinstanzliche Landgericht gegen die Datenweitergabe entschieden hatte, schickte das nun von der STV angerufene Oberlandesgericht in Jena den Prozess mit drei Fragen nach Straßburg zum EuGH. Die erste und wichtigste Vorlagefrage lautet sinngemäß: Besteht ein Auskunftsanspruch gegenüber amtlichen Stellen, der sich allein auf Arten von Pflanzen bezieht, ohne dass auch Auskünfte zu einer geschützten Sorte verlangt werden können? Es gibt eine entsprechende Verordnung, in der dem Sortenschutzinhaber die Möglichkeit eingeräumt wird, bei „mit der Überwachung betrauten“ amtlichen Stellen Informationen zu „bestimmten Arten oder Sorten“ bzw. einer „betreffenden Sorte“ – so ist es ausdrücklich formuliert – zu erfragen. Die STV beruft sich auf diese Verordnung, fragt allerdings ja nicht gezielt, sondern pauschal an, deshalb die Frage des Gerichts, wie auf eine so allgemeine Frage reagiert werden muss. In einem EuGH-Prozess nehmen dann EU-Kommission wie auch die Mitgliedsstaaten Stellung, bevor der Generalanwalt seinerseits eine Stellungnahme abgibt und am Ende dann das Gericht entscheidet. Nur die Kommission und Spanien hatten sich zu Wort gemeldet, erstere im Sinne der STV, zweitere im Sinne des Landes Thüringen. Nach der mündlichen Verhandlung lag der Ball nun beim Generalanwalt. Er setzt sich in seiner Stellungnahme ausführlich mit der Frage auseinander und bezieht klar Position: „Aus diesen Bestimmungen ergibt sich auf den ersten Blick bereits ziemlich klar, dass der Sortenschutzinhaber von Landwirten und Aufbereitern grundsätzlich nur Informationen in Bezug auf Sorten verlangen und erlangen kann. Der Gerichtshof ist sogar noch einen Schritt weiter gegangen, indem er diese Bestimmungen in seinen Urteilen Schulin und Brangewitz recht eng auslegt“, schreibt Generalanwalt Michal

Bobek und zielt damit auf die Einführung von „Anhaltspunkten“ und dem „qualifizierten Auskunftsersuchen“, was die IG Nachbau mit ihren Verfahren zu Landwirts- bzw. Aufbereiterauskunft in Straßburg durchgesetzt hatte.

## Gegen die Logik

Vor diesem Hintergrund, so Bobek, sei es schwer zu verstehen, weshalb amtliche Stellen in demselben Regelungssystem eine weit umfassendere Pflicht zur Bereitstellung von Informationen treffen sollten. „Die von der Rechtsmittelführerin (und teilweise von der Kommission) vorgetragene Auslegung ist insofern problematisch, als sie durch eine äußerst weite Auslegung der Durchführungsverordnung die Logik und Systematik der Grundverordnung auf den Kopf stellt: Die amtlichen Stellen würden faktisch die Standard-Adressaten für Auskunftsersuchen, sowohl in Bezug auf Sorten als auch auf Arten.“ Bobek begründet also seine Verneinung der Vorlagefrage zum einem mit einer systemaren Inkompatibilität, die aber dann auch eine Abkehr von dem bisherigen Vorgang – Bauern oder Aufbereiter werden in qualifizierten Ersuchen um Auskunft gefragt – führen würde. Das hält er zwar einerseits für eine Möglichkeit der Entbürokratisierung und Vereinfachung und damit grundsätzlich für nicht falsch. Gleichzeitig könne allerdings „nicht außer Acht gelassen werden, dass die Sortenschutzinhaber Zugang zu Informationen erhielten, die weit über das hinausgehen, was für den Schutz ihrer Rechte des geistigen Eigentums erforderlich ist. Diese Informationen könnten möglicherweise für eine Reihe anderer gewerblicher Zwecke genutzt werden, die mit der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegenüber derzeitigen Kunden nur eine sehr entfernte – oder sogar gar keine – Verbindung aufweisen“, schreibt der Generalanwalt. Welche Weitsicht in Zeiten, in denen viele andere nur lobpreisend den Verlockungen der Digitalisierung verfallend gar nicht richtig merken, dass Datenkontrolle – gerade in der inzwischen weit digitalisierten Landwirt-

schaft – faktisch kaum stattfindet. Es sei, so Bobek, „Sache der Kommission, ein neues System zu entwerfen“, wenn sie denn wolle, dass Ämter umfassender Auskunft geben sollten als bisher. So lange gelte allerdings, „dass die Überwachung der Einhaltung der landwirtschaftlichen Ausnahmeregelung (sprich: das Landwirteprivileg) ausschließlich in der Verantwortung der Sortenschutzinhaber liegt und dass sie sich dabei nicht von amtlichen Stellen unterstützen lassen dürfen“, zumal den amtlichen Stellen auch nicht obliege, Sortennamen überhaupt aufzuzeichnen. Noch zwei weitere Fragen hatte das OLG dem EuGH vorgelegt, die aber nur zum Tragen kommen, wenn die erste Frage im Sinne der STV beantwortet würde. Generalanwalt Bobek beantwortet sie auch nur unter diesem Vorbehalt. Die eine Frage ist,



Welche Sorten?

Foto: Schievelbein

ob das Landesamt, welches für die EU-Subventionen zuständig ist, als amtliche Stelle im Sinne der Verordnung gelte – ja das tue es, so der Generalanwalt. Die letzte Frage zielt darauf ab, ob sich die Behörde ihren Aufwand finanziell vergüten lassen könne (die STV hatte Geld geboten). Darauf antwortete der Generalanwalt, das richte sich nach der Höhe des Aufwandes, den eine Stelle betreiben müsse. Wenn auch häufig in der Vergangenheit das Gericht den Ansichten des Generalanwaltes folgte, bleibt erst einmal offen, wie die Entscheidung ausgeht. Man darf gespannt auf das Urteil sein. cs

## FDP-Angriff auf „ohne Gentechnik“

Die Kennzeichnung "Ohne Gentechnik" ist gefragt und erfolgreich, dass provoziert die Gegner

### Neustart mit Gentechnik

Mit ganzseitigen Zeitungsanzeigen versucht der an der Börse stark unter Druck geratene Bayer-Konzern den Befreiungsschlag: „Wir haben zugehört. Und verstanden“ formuliert er Mitte Juni in verschiedenen Tageszeitungen. Transparenz und Nachhaltigkeit sollten verstärkt, natürliche Ressourcen geschont und der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngemitteln deutlich reduziert werden. Hier setze Bayer vor allem auf neue Technologien. Es gehe aber nicht mehr darum, „lediglich immer mehr zu produzieren, um eine wachsende Bevölkerung zu ernähren“, sondern darum, „Lösungen zu finden – für die Bekämpfung des Klimawandels, den Erhalt der biologischen Vielfalt und den Schutz unserer Umwelt“. Fünf Milliarden Euro will Bayer in den nächsten zehn Jahren in die Entwicklung von Glyphosat-Alternativen investieren. Das neue Unternehmen sei in der Lage, ganz neue Kombinationen auch mit „neuem Saatgut“ und digitaler Landwirtschaft zu entwickeln. Trotzdem werde das unter Krebsverdacht stehende Glyphosat „weiterhin eine wichtige Rolle in der Landwirtschaft und in unserer Produktpalette spielen“, so Bayer. Wie sie mit den aktuellen Glyphosat-Klagen (aktuell in den USA 13.400) umgehen, dazu sagte Bayer nichts.. av

Nach anfänglicher massiver Gegenwehr gegen die Listung von „ohne Gentechnik“-Produkten hat sich das Blatt spätestens seit 2014 gewendet. Immer mehr tierische Produkte (Milch, Eier und Fleisch) tragen das „ohne GenTechnik“-Siegel. Die freiwillige „ohne-Gentechnik“-Kennzeichnung ermöglicht es Verbrauchern zu erkennen, wenn Milch, Fleisch oder Eier von Tieren stammen, die ohne gentechnisch veränderte Futtermittel gefüttert wurden. Derzeit wird „ohne Gentechnik“ zum Standard – v. a. bei den Eigenmarken des Lebensmitteleinzelhandels. Ende 2018 wurden 50 % der in Deutschland erzeugten Milch „ohne Gentechnik“ erzeugt, 60 % des Geflügelfleisches und 70 % der Schaleneier. Nach wie vor gibt es große Dynamik. Entscheidend für Bäuerinnen und Bauern ist, dass ihre Mehrkosten auch ausreichend honoriert werden. Die Zuschläge belaufen sich laut Wochenblatt Westfalen (24/2019) auf 0,75 Cent/kg (Hochwald) bis 1 Cent/kg (u. a. Arla und Wiegert).

### unhaltbare Betrugsvorwürfe

Gegen „ohne Gentechnik“ wettet der Pro-Gentechnik-Lobbyverein Forum Grüne Vernunft (FGV) zusammen mit der FDP. Zwischen beiden gibt es enge Verbindungen. Vorsitzender des FGV ist Horst Rehberger, der zugleich Ehrenvorsitzender der FDP ist und als Wirtschaftsminister des Landes Sachsen-Anhalt (2002 bis 2006) seinerzeit eine Biotechnologie-Offensive u. a. mit dem Biopark Gatersleben startete (Kosten 35 Mio. Euro) – gleich neben der Genbank Gatersleben, der „Wiege des Saatguts“. Das FGV hat verschiedene Handelsunternehmen angeschrieben und droht mit Strafanzeigen, wenn diese nicht erklären, dass sie das „ohne Gentechnik“-Label nur noch für Lebensmittel verwenden, in denen keine aus alten Mutageneseverfahren hergestellten Bestandteile enthalten sind. Der Vorwurf laute „gewerbsmäßiger Betrug“, so die Lebensmittelzeitung (LZ vom 21.6.2019). Dazu hat das FGV zusammen mit der FDP ein Rechtsgutachten von Prof. Dr. Reimund Schmidt-De Caluwe von der Universität Halle veröffentlicht. Der Professor kommt darin zu dem Schluss, dass es eine Irreführung und Verbrauchertäuschung sei, wenn Lebensmittel das „ohne Gentechnik“-Siegel tragen, die Bestandteile enthalten, die aus den alten Mutageneseverfahren erzeugt worden sind. Der Bund für Lebensmittelrecht und Lebensmittelkunde e. V. (BLL) weist den Vorwurf als rechtlich unbegründet zurück.



Auch eine Art "ohne Gentechnik"-Kennzeichnung

Foto: Beuchel/pixelio

„Die geäußerte Rechtsauffassung steht erkennbar im Widerspruch zur Rechtslage nach geltendem Lebensmittelrecht und ist daher unzutreffend“, erklärte Marcus Girnau, stellvertretender BLL-Hauptgeschäftsführer und rief zur Versachlichung der Diskussion auf.

Bestätigt wird diese Position durch ein Gutachten der Rechtsanwälte Buchholz und Willand, das im Auftrag des Vereins Lebensmittel ohne Gentechnik (VLOG) erstellt wurde. Zwar seien durch klassische Mutageneseverfahren gewonnene Organismen GVO im Sinne der Freisetzungsrichtlinie 2001/18/EG. Sie fielen aber dennoch nicht in deren Anwendungsbereich, weil sie davon explizit ausgenommen seien. Für das Lebensmittelrecht seien die mit solchen Verfahren entwickelten Organismen deshalb von vornherein vom Begriff des GVO ausgenommen worden. Folgerichtig sei das Siegel keine Irreführung der Verbraucher, sondern rechtlich konsistent. Anders sieht es der EuGH bei neuen Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas. Diese haben keine Geschichte der „sicheren Nutzung“ und müssen aus Gründen der Vorsorge nach Gentechnikgesetz reguliert werden. Regulierung bedeutet: Risikoprüfung, Zulassung, Lieferung eines Nachweisverfahrens inklusive Referenz- und Kontrollmaterial, Rückverfolgbarkeit, Kennzeichnung und Monitoring.

### Interessengeleitet

Was steckt hinter der „Diskreditierung“ des „ohne Gentechnik“-Siegels? Die Stra-

tegie der FDP und des FGV ist es zu behaupten: Alles ist Gentechnik – gentechnikfrei oder „ohne Gentechnik“ gibt es nicht mehr. Damit wollen sie die Pflichtkennzeichnung für gentechnikfreie Lebensmittel und die freiwillige für tierische Produkte ohne Gentechnik abschaffen. Auch Bio-Produkte würde dies betreffen. Damit würde die Marktdifferenzierung in diesem Bereich wegfallen ebenso wie der ökonomische Wettbewerbsvorteil des gentechnikfreien Anbaus für Bäuerinnen und Bauern – aus Sicht der gentechnikfreien Landwirtschaft ein hohes Gut, das wir verteidigen werden.

Würden die FDP und das FGV ihren Vorstoß als selbsternannte Verbraucherschutzanwälte ernst meinen, dann müssten sie sich ohne Wenn und Aber für die Regulierung und Kennzeichnung der neuen Gentechnikverfahren einsetzen. Diese sind wissenschaftlich und rechtlich Gentechnik und auch als solche zu regulieren. Das bestätigt auch das EuGH-Urteil von 2018. Bei den neuen Gentechnikverfahren setzen sich FDP und FGV für das Gegenteil ein – für Deregulierung. Das ist kein Verbraucher- und Bauernschutz, sondern interessengeleitet.

Annamarie Volling  
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft

Mehr Infos: [www.ohne-gentechnik.org](http://www.ohne-gentechnik.org)  
Zu den Kriterien des „ohne Gentechnik“-Siegels siehe: [www.obnegentechnik.org](http://www.obnegentechnik.org)

# „Es geht ja mit Ringelschwanz“

NRW-Ministerin Heinen-Esser auf Neuland-Hof Dingebauer

**N**RW-Landwirtschaftsministerin Ursula Heinen-Esser fragte genau nach, wie Schweinehalter Ulrich Dingebauer es hinbekommt, dass bei ihm alle Schweine einen intakten Ringelschwanz haben. Denn üblich ist in der Schweinehaltung in Deutschland und den meisten anderen EU-Ländern bisher, dass den Schweinen im Ferkelalter die Schwänze stark eingekürzt (kupiert) werden. Das soll verhindern, dass sich die Tiere gegenseitig beißen und schwer verletzen. Ulrich Dingebauer empfing die Ministerin Mitte Juni auf seinem Hof in Castrop-Rauxel. Hier haben die Schweine doppelt so viel Platz wie gesetzlich vorgeschrieben. Der Stall ohne Spaltenboden ist mit Stroh eingestreut, mit dem sich die Tiere viel beschäftigen. Und sie haben einen Auslauf ins Freie, den sie bei jedem Wetter nutzen. „Hier draußen koten die Tiere ab. Den Innenbereich im Stall halten sie dagegen rein und trocken“, beschreibt Dingebauer, während er mit der Ministerin am Auslauf mit den neugierigen Schweinen steht. „Wie oft kommt es hier zum gegenseitigen Schwanzbeißen?“, will die Ministerin wissen. Das komme bei ihm nur alle paar Jahre einmal vor. Dann werde das Einzeltier umgehend aus der Gruppe genommen. Das gefürchtete Schwanzbeißen sei bei seinen Tieren kein Problem, versichert Dingebauer. „Es geht also doch“, kommentiert Heinen-Esser anerkennend und blickt auf ihren mitgereisten Mitarbeiter aus dem Fachreferat.

## Perspektive durch Neuland

Familie Dingebauer mästet seit 30 Jahren Schweine und Hühner nach den Richtlinien des Neuland-Programms für tiergerechte und umweltschonende Nutztierhaltung. Entwickelt worden sind die Richtlinien gemeinsam vom Deutschen Tierschutzbund, dem Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und Bauern aus der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Diese drei

Verbände sind bis heute die Träger des Neuland-Vereins und Hüter der Richtlinien. „Ohne Neuland wäre ich heute kein Vollerwerbsbetrieb mehr“, sagt Dingebauer. „Alle Berater haben mir damals gesagt, ich solle lieber einen anderen Beruf machen. Mein Hof sei viel zu klein, nicht existenzfähig.“ So lernte er zwar zunächst Schlosser. Aber seinen Traum, „richtiger Bauer“ zu werden, setzte er um, als er Neuland kennenlernte. Jetzt studiert Tochter Uta Landwirtschaft und will dann in den Betrieb einsteigen. Wirtschaftlich ist die aufwendigere Tierhaltung für Familie Dingebauer, weil die Kunden entsprechend mehr für das Neuland-Fleisch bezahlen. Einige Kunden kommen direkt in den Hofladen. Die Vermarktung der übrigen Tiere läuft über einen Zerlegebetrieb in Bergkamen, den sich die westfälischen Neuland-Bauern gemeinsam mit Biobauern aufgebaut haben. Dort werden sich Dingebauer und Heinen-Esser bald wiedersehen. Denn im September wird der große Erweiterungsbau eröffnet und eingeweiht – da darf die NRW-Ministerin nicht fehlen. Bis September soll auch agrarpolitisch einiges vorangehen, versprach Heinen-Esser. Ihr Ministerium werde dann eine Nutztierstrategie für NRW vorlegen. Darin sollen Maßnahmen aufgezeigt werden, wie die gesamte landwirtschaftliche Tierhaltung im Land noch mehr Tierschutz umsetzen kann. Bereits intensiv wird in Düsseldorf das Thema Genehmigung von tierechten Stallbauten behandelt. So wird der Entwurf der Bundesregierung für eine neue Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft) unter breiter Beteiligung von betroffenen Betrieben und Behörden analysiert, um praxisnahe Verbesserungsvorschläge einzubringen. „Die Betriebe brauchen Unterstützung in den unterschiedlichen Bereichen. Wir müssen insgesamt weiterkommen“, sagte Heinen-Esser. *uj*



Gegenseitiges Interesse zeigten am Schweineauslauf von Ulrich Dingebauer (v.r.n.l.) Ministerin Heinen-Esser, Hugo Gödde, Christoph Dahlmann und Friedrich Ostendorff. Foto: Jasper

## Illegaler Gentechnik-Weizen gefunden

Erneut sind in den USA gentechnisch veränderte Weizenpflanzen gefunden worden, die nirgendwo in der Welt eine Zulassung haben. Diesmal auf einem brachliegenden Acker im Bundesstaat Washington, „möglicherweise an der Stelle eines früheren Feldversuchsfeldes“, so Charla Lord, eine Sprecherin von Bayer. Aktuell sammelt das US-Landwirtschaftsministerium (USDA) noch Informationen zum Verunreinigungsfall. Tests haben ergeben, dass es sich um das Event MON 71800 handelt. Der GV-Weizen stammt vom Monsanto (jetzt Bayer), und ist resistent gegen Roundup. 2002 und 2004 beantragte Monsanto die Zulassung der von ihnen entwickelten GV-Sorte. Letztendlich hat Monsanto die Anträge selber zurückgezogen, weil wichtige US-Weizen-Importländer klargestellt hatten, dass sie sich von den USA abwenden würden, wenn gentechnikfreier Weizen nicht mehr garantiert werden könne. Mit der GV-Sorte MON 71800 sind von 1998 bis 2001 mehrere Freisetzungsversuche im Pazifischen Nordwesten durchgeführt worden (u. a. Washington und Oregon). Der aktuelle Fund ist keinesfalls der erste Gentechnik-Weizen-Verunreinigungsfall. Funde gab es 2018 in Alberta (Kanada), 2016 im US-Bundesstaat Washington, 2014 in Montana und 2013 in Oregon. Jedes Mal hatten Japan und Südkorea Weizeneinfuhren entweder aus Kanada oder den USA zeitweise gestoppt und damit Schäden in Millionenhöhe verursacht. Einen Teil davon hat Monsanto den auf Schadensersatz klagenden Landwirten ersetzt. Bislang gibt es keine offizielle Erklärung, wie es genau zu den Verunreinigungen kam. *av*

## Größte Vorsicht bei Gene Drives

Gene Drives müssten mit größter Vorsicht behandelt werden. Derzeit gebe es erhebliche Wissenslücken und wissenschaftliche Unsicherheiten. Im Sinne des Vorsorgeprinzips dürften Gene Drive Organismen zum jetzigen Zeitpunkt nicht freigesetzt werden. Zu diesem Schluss kommt eine umfassende Studie von internationalen Wissenschaftler\*innen, die im Mai in Bern anlässlich des „Gene Drive Symposiums“ veröffentlicht wurde. Mit der Entwicklung der „Genschere“ CRISPR/Cas ist es auch möglich geworden, Organismen so zu verändern, dass sich gentechnisch veränderte Gene schnell in Wildpopulationen ausbreiten können. Dabei wird eine „genetische Kettenreaktion“ ausgelöst und die klassischen Vererbungsregeln werden außer Kraft gesetzt. Die Wirkung auf Ökosysteme ist noch völlig unbekannt und ihre Effekte sind potenziell irreversibel. Gleichzeitig weckten die Aussagen einiger Forscher\*innen, dass Gene Drives Probleme wie die Bekämpfung von (landwirtschaftlichen) Schädlingen oder die Ausbreitung von Infektionskrankheiten wie Malaria lösen könnten, zu hohe Erwartungen v. a. bei Geldgebern. Statt einseitiger Forschungsausrichtung fordern die Autor\*innen, dass alternative Lösungsansätze in die Überlegungen zur Lösung der genannten Probleme miteinbezogen werden. Zudem bedürfe es eines kritischen Diskurses in der Öffentlichkeit. *av*

Zur Studie und zur Debatte zu Gene Drives auf dem Symposium: <https://genedrives.ch/de/bericht>

## Pestizide und Autismus

Eine Studie der Universität von Los Angeles (UCLA) hat festgestellt, dass Kinder, die vorgeburtlich oder im ersten Lebensjahr Pestiziden ausgesetzt waren oder deren Mütter in den Monaten, bevor sie schwanger wurden, mit Pestiziden in Berührung kamen, ein höheres Risiko haben, autistisch zu werden. Die Forscher bezogen ihre Analyse auf Daten von 3.000 Menschen, die zwischen 1998 und 2010 mit ASD (autistischen Störungen) diagnostiziert wurden und in acht Landkreisen im Central Valley lebten. Das Central Valley ist eine der am intensivsten landwirtschaftlich genutzten Regionen der USA, in der große Mengen von Pestiziden eingesetzt werden. Der Einsatz von Pestiziden ist in Kalifornien meldepflichtig, weshalb die Wissenschaftler relativ genau abschätzen konnten, welche Pestizide in welcher Menge in der relevanten Phase eingesetzt worden waren. Untersucht wurden elf Pestizide. Bei allen konnte ein Zusammenhang mit Autismus nachgewiesen werden, die Korrelation war jedoch am stärksten bei Chlorpyrifos und den Pestiziden Ivermectin und Diazinon. *ml*

# Tausche Zwickmühle gegen Getreidemühle

Eindrücke von der Hofbäcker\*innen-Exkursion der AbL und der Freien Bäcker.

Ende Mai gab es eine Exkursion von Bäcker\*innen und Landwirt\*innen aus ganz Deutschland zu Berufskolleg\*innen nach Frankreich. Der Austausch ging zurück auf die Initiative von Mitgliedern der AbL und der Freien Bäcker (Unabhängige Berufsorganisation handwerklich arbeitender Bäcker\*innen und Konditor\*innen), welche sich jeweils gegen den aktuellen Strukturwandel in ihren Berufen wehren und großes Potential in der engeren Vernetzung untereinander sehen. Der Fokus der Reise waren Austausch und Vernetzung in Bezug auf Sortenerhaltung und deren Inwertsetzung durch Veredelung in hofeigenen Backstuben. In Frankreich gibt es seit vielen Jahren eine Bewegung von Menschen im ländlichen Raum, den sogenannten „Paysans Boulangers“ (auf deutsch: Bäckerbäuerinnen und -bauern), die wieder vermehrt darauf setzen, alte Sorten zu erhalten, zu vermehren und im Anschluss das Getreide selbst zu vermahlen und daraus Brot zu backen. Über diese handwerkliche Verarbeitung schaffen sie eine höhere Wertschöpfung, die es möglich macht, die eventuell geringeren Erträge auszugleichen. Außerdem bietet der Aufbau regionaler Strukturen und die Verbindung zwischen Landwirtschaft (Rohstoffherzeugung), Müllerei und Bäckerei Perspektiven für kleine und mittlere Betriebe, sich von der vorherrschenden industriellen Produktionslogik zu lösen. Bei dem Austausch wurden drei Be-

triebe im Umland von Dijon besichtigt, die sich in Bezug auf den Anbau untereinander stark ähnelten.

## Vielfältiger Anbau

Die weiten Fruchtfolgen umfassten Ölfrüchte (Leindotter, Raps), Getreide (Einkorn, Dinkel, Alte Weichweizensorten, Hartweizen bzw. Khorasan, Emmer, Roggen, Braugerste), Körnerleguminosen (Erbsen, Ackerbohnen, Linsen) sowie Futterbau mit Kleegras und Luzerne. Auf den besichtigten Höfen wurde dem Zwischenfrucht-, Mischfrucht- und Untersaatenbau eine große Rolle eingeräumt. Die Aufbereitungstechnik umfasste Siebreiniger mit Steigsichter und Trieur, sodass die runden und länglichen Gemengepartner effektiv getrennt werden konnten. So sahen wir zum Beispiel Linsen mit Leindotter bzw. Braugerste als Stützfrucht im Gemenge stehen, welche später separiert und getrennt vermarktet wurden. Wo es ging, wurden die Ernteprodukte veredelt und direkt vermarktet in Form von Brot, Nudeln, Öl, Linsen und Bier. Faszinierend war neben der Ausstattung der Backstuben vor allem der ganzheitliche Ansatz vom Aussäen des Getreides bis hin zum fertigen Brot. Die Fähigkeit und Flexibilität der Bäcker, mit den Besonderheiten der verwendeten Getreidesorten umzugehen, erfordert Wissen, Willen und Können. Es stellte sich tatsächlich das Gefühl ein, „eine schöpferische, sinnstiftende Kulturtechnik“ zu erleben

(vgl. Die Freien Bäcker e.V.). Wie im Anbau ähnelte sich auch die technische Ausstattung der Getreideaufbereitung und Bäckereien in vielerlei Hinsicht. Der von den Gebrüdern Astrié konstruierte Mechanismus besteht aus einem klassischen Mahlgang, bei dem ein Läuferstein über den fixierten Bodenstein rotiert. Das sich daran anschließende Siebssystem ermöglicht die Gewinnung verschieden feiner Mehle. Funktionsbedingt geht die Getreideschale aus dem Mahlprozess als Nebenprodukt hervor und wird als Tierfutter verwendet, was im Gegenzug bedeutet, dass nicht das gesamte Korn beim Backen verwendet wird. Gebacken wurde auf allen drei Betrieben in einem aus Spanien stammenden Holzofen mit separatem Brennraum. Die Backfläche bildete ein Backstein von 3 Metern Durchmesser. Er konnte von außen gedreht werden und ermöglichte eindrucksvolle Einblicke während des Backens: Nach und nach konnte man die eingeschossenen Brote an sich vorbeiziehen lassen und sehen wie sie langsam aufgingen und braun wurden.

## Andere Voraussetzungen

Ein weiterer interessanter Aspekt, der zur Sprache kam ist, dass in Frankreich der Nachweis einer landwirtschaftlichen Ausbildung Voraussetzung für eine Niederlassung als Landwirt ist. Zudem gibt es eine Mindestgröße, welche landwirtschaftliche Betriebsneugründer nachweisen müssen – eine Ausnahme von der

Regelung gibt es, wenn ein weiterer verarbeitender Betriebszweig aufgebaut wird. Hier wird noch einmal deutlich, welche Perspektive sich dortigen Landwirt\*innen durch eine Hofbäckerei erschließen. Im Austausch mit Vertretern eines regionalen Getreidevielfaltsnetzwerks, einer Landwirtschaftsschule und einer Forscherin wurde deutlich, wie präsent die Themen der bäuerlichen und handwerklichen Wertschöpfungskette sind. Das regionale Netzwerk „Graines De Noé“ stellt Bäuerinnen und Bauern kleine Mengen von alten Sorten zur Verfügung, welche sie selbst vermehren müssen. Außerdem werden Fortbildungen zu Getreideselektion, -aufbereitung und Bäckerkurse angeboten. Neben der fachlichen Unterstützung, spielt die Vernetzung mit Berufskollegen eine große Rolle. Positive Effekte, die sich daraus ergeben können sind etwa Maschinengemeinschaften, zum Beispiel für einen Dinkelschäler, und Arbeitsgruppen zur Maschinenkonstruktion, wie beispielsweise für Getreidebürsten, mit welchen Pilzsporen und Staub von der Kornoberfläche entfernt werden können.

## Eigene Netzwerke

Auch in Zusammenarbeit mit den Saatgut-Netzwerken ist der Anbau von Sortenmischungen gerade unter „Paysans Boulangers“ weit verbreitet. Die Absicht hinter dem gemeinsamen Anbau verschiedener Sorten ist, eine breitere genetische Variabilität auf dem Feld zu haben. Diese kann zu einer erhöhten Anpassungsfähigkeit an verschiedene Umweltbedingungen führen und steigert häufig die Ertragssicherheit. Wird eine Sortenmischung über Jahre aus dem, auf dem eigenen Hof gewonnenen Saatgut nachgebaut, entsteht eine spezifische (hoftypische) Zusammenstellung der Ursprungssorten. Diese wurden durch die Standortverhältnisse und die jeweiligen Witterungsbedingungen selektiert, die bestgeeigneten Sorten können sich über die Zeit in der Mischung durchsetzen. An diesem Austausch wurde deutlich spürbar, wieviel Potential in der Vernetzung, auch über die Landesgrenzen hinweg, liegt. Es gibt viel zu tun, zu erforschen, zu erhalten.

*Florian Demelt und Mareike Artlich,  
junge AbL*



Viele interessierte Blicke bei der praktischen Vorführung in der Backstube

Foto: Artlich

# Ganz nah dran

Vom Mähen mit der Sense

**D**as Gras in der Wiese steht bereits hoch, ein leises, regelmäßiges Zischen erklingt. Die Sensenlehrer Werner Klee- mann und Christof Lorenz vom Sensenver- ein Deutschland e. V. stehen jeweils einem Mann, einer Frau zu Seite – leiten an, kor- rigieren und ermutigen sie, die Sense in sanften, ausladenden Schwüngen durch das Gras gleiten zu lassen, das daraufhin sanft zu Boden fällt. In sicherem Abstand warten die anderen Teilnehmer, bis sie selbst Hand „an die Schneid“ legen dür- fen. Der Einladung der Arbeitsgemein- schaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL Franken) und des Landschaftspflegever- bands Mittelfranken (LPV) sind zahlreiche Teilnehmer gefolgt. Statt eines geplanten Halbtageskurses wurden zwei angeboten, dennoch ist die Warteliste der Interessent- en am Sensen lang. Zu Recht, denn kaum eine Mähtechnik ist so insektenschonend und ökologisch wie die Mahd mit der Handsense. Vielfältig einsetzbar – vom Steilhang über kleinräumige Gärten, blü- tenreiche Wiesen und Säume bis hin zu Klee- gras – ermöglicht sie dem Anwender ruhiges, entspanntes Arbeiten ohne Lärm und Abgase und den Insekten einen meist schadlosen Rückzug aus dem Schnittgut.

## Sanft Einschwingen

Laut Sensenlehrer Lorenz ist es ähnlich entspannend wie Qigong und so lässt er die Teilnehmer zu Beginn des Kurses auch gleich mal mit einer sanften Qigong- Übung einschwingen. Lorenz und Klee- mann wollen vor allem vermitteln, dass das Mähen mit der Sense ohne viel Mühe

und schneller als gedacht gelingt. Auf die richtige Haltung und auf eine gute Sense kommt es allerdings an. Beides bekommen die Teilnehmer in diesem Kurs vermittelt. Nach einer kurzen Einführung in den Auf- bau der Sense und die Grundsätze der Handhabung dürfen dann alle unter Anlei- tung der Sensenlehrer ein Stück Wiese mä- hen. Bei den meisten klappt es bereits am Anfang erstaunlich gut! Im Anschluss wer- den die verschiedenen Sensentypen und deren Einsatzbereiche vorgeführt. Eine kleine Einführung in die Sensenpflege und ins Dengeln rundet die Fortbildung ab.

## Unikate

Und zu guter Letzt begutachten die beiden Sensenlehrer die von den Teilnehmenden mitgebrachten Sensen – meist sehr alte, noch zu Zeiten der Großeltern im täg- lichen Einsatz verwendete Exemplare. Da- runter finden sich auch besondere Unikate, die die Augen der Sensenexperten zum Leuchten bringen. Am Ende sind sich alle Teilnehmer einig: Der Kurs ist fast zu schnell vorüber gegangen, macht aber Lust auf mehr! Ziemlich sicher werden viele nun wieder ihre alte „Großvater-Sense“ aus dem Schuppen hervorholen, auf Vor- dermann bringen und sich daran versu- chen, ihre Wiesen und Gärten von Hand zu mähen: tiefenentspannt, insekten- freundlich und in absoluter Ruhe – nur begleitet von einem leisen, regelmäßigen Zischen.

*Isabella Hirsch, Vorsitzende der Arbeits- gemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Franken*

## Kleine Psychologie der Kuh im Melkstand

Nicht an jedem Tag, aber an der Mehrzahl der Tage stehe ich im Melkstand und melke. Meist so zwischen vierzig und fünfzig Kühe – zumeist Schwarzbunte, zum Teil aber auch Rotbunte, Angler, Jerseys und Durcheinanderkreuzungen. Bei uns im Kuhstall ist ziemlich Multikulti. Wenn ich melke, dann oft mit meinem Lehrling zusammen. Wenn ich allerdings am Wochenende Dienst habe, bin ich meist allein in unserem Boxenlaufstall von 1990. Zu diesem Stall gehört ein ganz einfacher Doppel-Fünfer-Fischgrätenmelk- stand, ohne Abnahmeautomatik, ohne Kraftfuttergabemöglichkeit. Das bedeutet: Die Kühe kommen nicht, gierig aufs Futter, von allein in den Melkstand. Eigentlich muss ich nach jedem Durchgang raus aus der Melkergrube und einen Schwung Kühe ranreiben.

Im Laufe der Zeit lernt jeder Melker, lernt jede Melkerin die Kühe kennen, mit denen er oder sie täglich umgeht. Ähnlich wie wir Men- schen haben auch Kühe ihre ganz spezifischen Eigenheiten. Keine Kuh ist wie die andere. Und schon beim aufmerksamen Kühe-von- hinten-in-den-Melkstand-Treiben offenbart sich die ganze Vielfalt der Charaktere. Ja, ich finde, man kann eine kleine Psychologie der Kuh anhand ihres Eintrittsverhaltens in einen handelsüblichen Doppel-Fünfer-Fischgrätenmelkstand erstellen.

Da gibt es zum Beispiel die zutrauliche, selbstbewusste Kuh, die es liebt, als erste im Melkstand zu stehen, direkt am Schwenkgitter, weil sie weiß, dass der Melker zwischendurch eigentlich immer mal den Melkstand verlässt. Wenn sie dann lustig mit den Ohren wackelt, bleibt der Melker kurz bei ihr stehen und krault ihr die Stelle am Hinterkopf, an die sie selbst nicht rankommt. Übrigens krault der Melker sie auch, wenn sie nicht lustig mit den Ohren wackelt. Insofern ist die kleine Psychologie der Kuh immer auch eine kleine Psychologie des Melkers.

Leider sind die Kühe, die freiwillig und gern als erste im Melkstand stehen wollen, zumindest in unserer Herde deutlich in der Minder- heit. Und die rennen, in der Hoffnung, erste zu sein, am Anfang des Melkens los Richtung Melkstand, mit der Folge, dass die ersten zehn Kühe im Melkstand all jene sind, die gern vorne als erste ste- hen, um gekrault zu werden. Mit der Folge, dass die restlichen dreißig bis vierzig noch ungemolkenen Kühe im Stall all jene sind, die niemals, im Leben nicht und auf gar keinen Fall als erste im Melkstand stehen wollen.

Die nun folgende Situation kennt wahrscheinlich jeder Melker: Ich treibe von hinten nach, passend zur Melkstandgröße fünf Kühe auf einmal. Fächerförmig stellen sich diese fünf Kühe vor dem Eingang zum Melkstand auf und gucken hinein. Aber keine von ihnen geht voran; denn keine von ihnen will die erste sein und am bösen Schwenkgitter stehen. Man hat ja schon viel gehört von den bösen Schwenkgittern, die jede Kuh meucheln, die ihnen zu nahe kommt. Mit aufmunternden Rufen motiviere ich nun die Kühe, von hinten kommend, langsam sich steigende unflätige Beschimpfungen in meine aufmunternden Rufe mischend. Schließlich geht eine der Kühe als erste in den Melkstand, unter Protest, wohlgerckt.

Typ eins sagt: Okay, ich geh ans böse Schwenkgitter. Aber ich scheiße dafür in den Melkstand. Typ zwei sagt: Okay, ich tu so, als würde ich ans böse Schwenkgitter gehen, aber im letzten Moment überlege ich es mir anders und springe über das Schwenkgitter. Dafür scheiße ich in den Melkstand. Typ drei sagt: Okay, ich geh in den Melkstand, aber nicht nach vorne durch, nein, ich lasse vorne frei. Auf alle Fälle aber scheiße ich in den Melkstand.

Dann kann ich als Melker mich also durch die Kühe drängeln, runter in den Melkstand, die Kuh nach vorne durchtreiben, wäh- rend die anderen sich wieder im Stall verteilen. Also wieder raus aus dem Melkstand und die Kühe erneut ranholen. Diese zusätz- liche Bewegung regt die Verdauung der Kühe an. Im Melkstand angekommen, scheißen sie deshalb, aber erst, wenn der Melker wieder in der Grube ist, damit er auch etwas davon hat.

Wie auch immer: Während des Melkens habe ich immer viel Zeit zum Nachdenken. Über Kühe, über Menschen. Und schietig werde ich von ganz allein.



Gar nicht so einfach eine flüssige Bewegung hinzubekommen

Foto: Hirsch

# Paradiesische Zustände für Heuschrecken

Bund und insbesondere die Länder müssen bei der Bodenmarktpolitik endlich handeln

## Fachgespräch

Der Gesetzentwurf aus Brandenburg ist zu finden unter [www.gruene-fraktion-brandenburg.de](http://www.gruene-fraktion-brandenburg.de).

Bevor die Grünen den Entwurf in den Landtag einbringen, wollen sie diesen mit Landnutzer\*innen, Umweltverbänden, Wissenschaft, Verwaltung und Politik diskutieren und laden für den 12.08. zu einem Fachgespräch zum Gesetzentwurf in den Landtag ein.

Seit Jahren wissen wir alle, dass die Entwicklung der Betriebe aktiver Landwirte durch stark gestiegene Kauf- und Pachtpreise massiv beeinträchtigt ist. Deswegen sage ich das so deutlich, um den dringenden Handlungsbedarf zu unterstreichen. Finanzinvestoren schichten Kapital in Agrarimmobilien um und treiben die Preise, die die Landwirte dann schlichtweg nicht mehr zahlen können. Seit 2005 sind die Bodenpreise um nicht weniger als 170 Prozent gestiegen. Diese Probleme werden noch begünstigt durch eine mangelhafte Transparenz auf den landwirtschaftlichen Bodenmärkten und massive Regelungslücken im landwirtschaftlichen Bodenrecht. Intransparenz und Regelungslücken haben geradezu paradiesische Zustände für Investoren und Spekulanten geschaffen. Das ist die Realität. Aktive Landwirte haben das Nachsehen.“ Diese Zustandsbeschreibung hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL) Hans Joachim Fuchtel (CDU) im Bundesrat vorgenommen und damit auch ein Armutszeugnis für das bisherige Handeln der Politik skizziert. Die propagiert zwar nahezu einhellig, dass eine breite Streuung des Besitzes landwirtschaftlicher Nutzflächen in bäuer-

licher Hand die Grundlage für eine gesunde Agrarstruktur darstellt, forciert aber weiterhin durch ihr Nicht-Handeln bei den notwendigen Veränderungen am Bodenrecht die Konzentration von Land in immer weniger Händen. Zur Realität gehört dabei auch, dass außerlandwirtschaftliche Investoren insbesondere in Ostdeutschland aktiv sind. Denn dort finden sie die infolge der Wiedervereinigung von der damaligen Politik so gewollten und von der Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) geförderten für sie besonders lukrativen Großstrukturen.

## Share deals

„Hier muss die Politik endlich einen gesetzlichen Riegel verschieben“, fordert die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland (AbL) mit Verweis auf die Möglichkeit für Investoren, sich unter Umgehung des Grundstücksverkehrsgesetzes landwirtschaftliche Betriebe samt deren Flächen anzueignen, obwohl ihnen seit nunmehr 100 Jahren hierzulande der direkte Kauf dieser Flächen untersagt sei. Hinzu kommt, dass über Anteilskäufe von maximal 95% der Unternehmen, die sogenannten Share Deals, keine Grunderwerbsteuer fällig

wird, dieser Kauf also zulasten der Staatskasse und somit der Steuerzahler geht. Um Bevölkerung und Politik auf das Problem aufmerksam zu machen, hat die AbL die „Heuschrecke des Jahres 2019“ (siehe nebenstehend) vergeben und findet mit dem Thema zwischenzeitlich auch Gehör in der Politik, an den „Regelungslücken“ im Bodenrecht hat sich bisher aber noch nichts geändert.

Mit der Einbringung eines Entschließungsantrags im Bundesrat mit Forderungen an den Bund will jetzt das Land Sachsen-Anhalt versuchen, „den Ausverkauf der Landwirtschaft an Kapitaleigner einzudämmen“. Als „wichtigen Baustein“ des Antrags nennt die dortige Landwirtschaftsministerin Claudia Dalbert die deutliche Absenkung der 95%-Grenze und das Grunderwerbsteuergesetz so zu ändern, dass eine weitgehende Gleichbehandlung von Anteilskäufen und dem direkten Grunderwerb ermöglicht wird. Im Mai hat das Bundesfinanzministerium einen Referentenentwurf zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes vorgelegt. Die darin enthaltene Absenkung von 95% auf 90% nennt Dalbert im Bundesrat allerdings „reine Kosmetik, die nicht zur erwünschten stärkeren Gleichstellung von Anteilskäufen gegenüber reinen Grundstückskäufen beiträgt“.

Die Forderungen nach Gleichbehandlung und Absenkung der 95%-Grenze begrüßt Hans-Joachim Fuchtel. Bezüglich der Share Deal-Problematik habe eine Bund-Länder-Initiative einen Formulierungsvorschlag für die Berücksichtigung im Bodenrecht erarbeitet, so dass die Länder „über das Rüstzeug verfügen“, selbst aktiv zu werden, zumal für eine bessere Regulierung des Bodenmarkts seit der Föderalismusreform 2006 die Länder zuständig seien. Für ihn hat „der Bund seine Aufgaben gemacht“.

## Gesetzesvorhaben

Für die AbL muss dieses „Pingpong-Spiel“ zwischen Bund und Ländern beendet werden. „Wir brauchen endlich wirksame Regeln und Kriterien im Grundstücksverkehrsrecht“, sagt Reiko Wöllert, Bauer aus Haina in Thüringen und stellvertretender Bundesvorsitzender der AbL. Und mit Blick auf das Ergebnis juristischer Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes der gemeinnützigen Landgesellschaften sieht er die Bundesländer nicht nur zuständig für das Bodenrecht mit der Berücksichtigung von Anteilskäufen sondern ihr Aktiv-



Fortsetzung von Seite 20

werden dazu auch als „verfassungsrechtlich geboten“ an, da nach Ansicht der Gutachter keine Begründung dafür zu erkennen ist, warum der Verkauf von Einzelflächen (asset deals) anders behandelt werden sollte, als Flächen-transfers im Rahmen von Anteilskäufen. Für Reiko Wöllert müssen daher als ein wesentlicher Schritt „die Anteilskäufe genehmigungspflichtig und grunderwerbssteuerpflichtig werden. Und bei dem Verkauf von Flächen sind bäuerliche Betriebe und junge Menschen, die eine Existenz in der Landwirtschaft gründen wollen, mit einem Vorkaufsrecht auszustatten“.

Um als Land aktiv und konkret zu werden, hat jetzt In Brandenburg die Landtags-Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen einen Entwurf für ein „Gesetz zur Verbesserung der Agrarstruktur“ vorgelegt. Dieser orientiert sich an den Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Bodenmarktpolitik und an Entwürfen, die in den Ländern Sachsen-Anhalt und Niedersachsen erarbeitet wurden. „Wir schlagen neue bodenmarktpolitische Instrumente vor, u. a. eine Anzeige- und Genehmigungspflicht für Anteilsverkäufe an landwirtschaftlichen Betrieben (Share deals) sowie die rechtliche Stärkung ortsansässiger Landwirt\*innen bei Verkauf und Verpachtung von Agrarland. Zudem fordern wir die Gründung einer gemeinnützigen Landgesellschaft Brandenburg“, nennen die Grünen die zentralen Punkte ihres Entwurfs, den sie zu Beginn der kommenden Wahlperiode, nach der Landtagswahl am 1. September, in den Landtag einbringen wollen. *FebL*



**AbL übergibt goldene Heuschrecke**

Bauern und Bäuerinnen der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft Mitteldeutschland (AbL) haben den Schmähpriis „Heuschrecke des Jahres 2019“ an Markus Hercher, Autohausbesitzer und Agrarinvestor, in Leipzig vergeben. Die Heuschrecke des Jahres wird verliehen an außerlandwirtschaftliche Investoren, die sich unter Umgehung des Grundstücksverkehrsgesetzes landwirtschaftliche Betriebe samt deren Flächen angeeignet haben, obwohl ihnen seit nunmehr 100 Jahren hierzulande der direkte Kauf dieser Flächen untersagt ist.

Der Autohändler Markus Hercher ist Eigentümer etlicher Autohäuser in Mitteldeutschland und mittlerweile auch von mindestens acht landwirtschaftlichen Großbetrieben in Sachsen-Anhalt und Thüringen. Er hat sich nach Ansicht der AbL in diesem Jahr diesen Preis verdient, „weil er im Gegensatz zu anderen Akteuren mit Landwirtschaftsbetrieben handelt, wie mit Gebrauchtwagen: er kauft und verkauft sie je nach Marktlage. Und das alles üppig subventioniert aus Steuergeldern!“ Diesbezügliche Recherchen der AbL brachten einen ganzen Schwarm aktiver Investoren ans Licht. So tummeln sich unter anderem fünf der auf Bundesebene größten Investoren (sie bewirtschaften bundesweit über 70.000 ha) hinsichtlich des Agrarbetriebs- und Flächenerwerbs auch in Mitteldeutschland. Unter ihnen finden sich neben der Lindhorst-Gruppe, der Steinhoff-Gruppe, der Südzucker AG, der Deutschen Agrarholding und der Hercher Familie auch die Rösner-Mautby-Holding und Dr. Oetker.

Unternehmen, deren Kerngeschäft ursprünglich der Möbelhandel, die Lebensmittelproduktion, der Viehhandel oder das Versicherungsgeschäft waren, befassen sich zunehmend mit dem Erwerb und der Verwaltung von Immobilien und Beteiligungen im Agrarsektor. So wechselten allein in Thüringen seit der Jahrtausendwende über 20.000 ha (immerhin mehr als 3% der Ackerfläche Thüringens) in den Besitz ortsfremder, überregional bis international tätiger Konzerne. In einigen Regionen Ostdeutschlands sind es über 30 Prozent.

*Fotos: AbL Mitteldeutschland*

**Bestellcoupon**

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de)

**Das Jahrbuch Der kritische Agrarbericht: Ausgabe** □ 2019 Schwerpunkt: Landwirtschaft für Europa 24,00 Euro □ 2018 Schwerpunkt: Globalisierung gestalten 10,00 Euro, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter [www.bauernstimme.de](http://www.bauernstimme.de) bzw. [www.kritischer-agrarbericht.de](http://www.kritischer-agrarbericht.de)

**Das wahre Landleben!**

**Bücher:**

- ... 10,00 € - Wir Bauern sind anders
- ... 9,80 € - Sechs Wochen auf der Scholle
- ... 11,00 € - Bauernparty
- ... 11,00 € - Nützt ja nix
- ... 11,00 € - Schubkarrenrennen
- ... 11,90 € - Der Wollmützenmann
- ... 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- ... 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

**CD:**

- ... 10,00 € - Einmal Bauer immer Bauer
- ... 10,00 € - König Silo
- ... 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- ... 10,00 € - Ein Bauer erzählt

**Bitte Adresse einsetzen:**

- ... 9,50 € - live im Lutterbecker
- Bodenpolitik in Ostdeutschland**
- ... 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- ... 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

**Aktuelle Broschüre**

- ... 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

**Hofschilder und Poster**

- ... 30,00 € "Wir sind ein AbL Bauernhof"
- ... 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- ... je zzgl 5,50 € € Versand

**Junge Landwirtschaft:**

- ... 8,00 € - Agrarpolitik in der Leehre
- ... 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de), oder

AbL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

## (Klein) Anzeigen &amp; Veranstaltungen

## Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 20,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €); Chiffregebühr 3,00 €. Anzeigen bis einschließlich 20,00 € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 3,00 € für die Rechnungsstellung erhoben. Anzeigen bitte an: E-mail: [anzeigen@bauernstimme.de](mailto:anzeigen@bauernstimme.de), Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS September ist der 20. August 2019.** Chiffrezuschriften: AbL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm



## Farming for Future

Landwirtschaft und Klimawandel

14. Öko  
Junglandwirte  
Tagung

Die diesjährige Öko-Junglandwirte-Tagung findet vom 8. - 10. Nov. in Fulda statt. Die Anmeldung ist ab dem 09.09.2019 online.

Welche Anforderungen stellt ein sich wandelndes Klima an die Landwirtschaft? Und wozu sind wir als Beteiligte aufgefordert? Freu dich auf muntere Diskussionen und regen Austausch mit anderen Jung-LandwirtInnen und Interessierten!

Anmeldung & Infos: [www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de](http://www.oeko-junglandwirte-netzwerk.de)


**FRIDAYS FOR FUTURE SOMMERKONGRESS  
31.07.- 04.08.2019  
REVIERPARK DORTMUND**

Kommt zum Sommerkongress in Dortmund! Gemeinsam wollen wir einen Raum schaffen, um uns zu vernetzen und weiterzuentwickeln. Programm, Anmeldung und weitere Informationen: <https://kongress.fridaysforfuture.de/>

**Bäuerlicher Nachrichtenbrief...**

...der wöchentliche kostenlose Newsletter

Am besten gleich registrieren:

[www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten](http://www.bauernstimme.de/bauernstimme/nachrichten)


**Humus-Festivals 2019**
**Earthcare - Peoplecare – Fairshare**

**Humus-Hood 2019:** „Schaffe kreative Übergänge und Bindungen“. „Burg Herzberg-Festival“ in Breitenbach Hessen. PreSeed-Camp: 19.-21. Juli; Seed-Camp: 22.-24. Juli; Festival: 25.-28. Juli; Crop-Camp: 29.-30. Juli. Max. 35 erwachsene Menschen.

**Humus West 2019:** „Spare nicht am Geschmack“

„Lindenhof“ in Ober-Ramstadt, Hessen. Seed-Camp: 10. - 13. August; Festival: 14. - 21. August; Crop-Camp: 22. - 25. August. Max. 60 erwachsene Menschen.

**Humus Süd-West 2019:** „Vom Muster zum Fuchsschwanz“

Vogesen in Frankreich. Seed-Camp: 31. August-03. September; Festival: 04.-11. September; Crop-Camp: 12.-15. September. Max. 60 erwachsene Menschen.

Teilnahme jeweils nur möglich über den gesamten Zeitraum. Mehr Infos unter: <http://humus-festival.de>


**Infoveranstaltung  
Regionalgruppe Franken**

11.07.2019, 9.00 Uhr

**Wer ist die AbL?**

Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Vortrag zur Situation in der Landwirtschaft. Referentin: Isabella Hirsch, AbL Franken. Ort: Akademie Frankenwarte, Leutfresserweg 81 – 83, 97082 Würzburg

**Jubiläumsfest 70 Jahre Bauernschule Hohenlohe**

Am Samstag, 20. Juli 2019 ab 14.30 Uhr in der Alten Bauernschule, Weckelweiler, Am Feuersee 12, 74592 Kirchberg / Jagst

**Sommerliche Lehrfahrt  
"Ökologischer Landbau, Natur, Land und Leute"  
in die Region Passau – Oberösterreich**

Vom 15. bis 18. August 2019

Kosten für Bus und HP: um € 450,- pro Person

Alte Bauernschule, Weckelweiler, Am Feuersee 12, 74592 Kirchberg / Jagst. Nähere Information und Anmeldung: Hartmut Heilmann, Birkenstr. 10, 74592 Kirchberg/J., Tel.: 07954-216, Fax: -925995, E-Mail: [hartmut.heilmann@t-online.de](mailto:hartmut.heilmann@t-online.de), [www.bauernschulehohenlohe.de](http://www.bauernschulehohenlohe.de)

**Regio Challenge -  
Iss, was um die Ecke wächst! -**

09.-15.09.2019 - bundesweite Mitmachaktion

Sei Dabei! Eine Woche lang wollen wir Essen genießen, das vollständig in Fahrradentfernung entstanden ist und ganz ohne den Stress von Weltreisen auf unseren Teller gelangt. [www.regio-challenge.de](http://www.regio-challenge.de)



**#UNTEILBAR**  
SOLIDARITÄT STATT AUSGRENZUNG  
**DRESDEN** 24. AUGUST 2019  
BUNDESWEITE GROBDEMO  
AUFTAKTDEMO: LEIPZIG | 6. JULI 2019  
[WWW.SACHSEN.UNTEILBAR.ORG](http://WWW.SACHSEN.UNTEILBAR.ORG)

**Tollwood-Festival**

16.06.-21.07.2019, München. Vom 16.-18.07.2019 ist die AbL Bayern mit einem Stand vertreten. <https://www.tollwood.de>

**Agrikulturwochen 2019**

30.06.-19.07.2019, Freiburg

**Agrikulturfestival 2019**

19.07.-21.07.2019, Freiburg

<https://agrikulturfestival.de/>

**Free the Soil: Action Camp**

16.-22.09.2019, Brunsbüttel. Aktionscamp gegen eine Kunstdüngerfabrik bei Brunsbüttel an der Nordsee. Der norwegische Agrarkonzern YARA betreibt hier seine zweitgrößte Fabrik in Europa, die das Camp in einer Aktion des zivilen Ungehorsams blockieren will.

<https://freethesoil.org>

**Züchtungs- und Sortentag**

25.09.2019, 11.00, Dachau. Bingenheimer Saatgut AG in Kooperation mit der Gärtnerei Obergrashof und Kultursaat e. V. Ort: Gärtnerei Obergrashof OHG, Obergrashof 1, 85221 Dachau


**Mitteldeutschland**
**Stammtisch Thüringen:**

jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, BioKaufladen Clärchen in Erfurt.

**Stammtisch Sachsen-Anhalt:**

jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, im Celtis Kulturgarten in Halle, Galgenberg 1

**Stammtisch Sachsen:**

jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Kümmelschänke Kümmelschänkenweg 2 Dresden-Omsewitz

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!

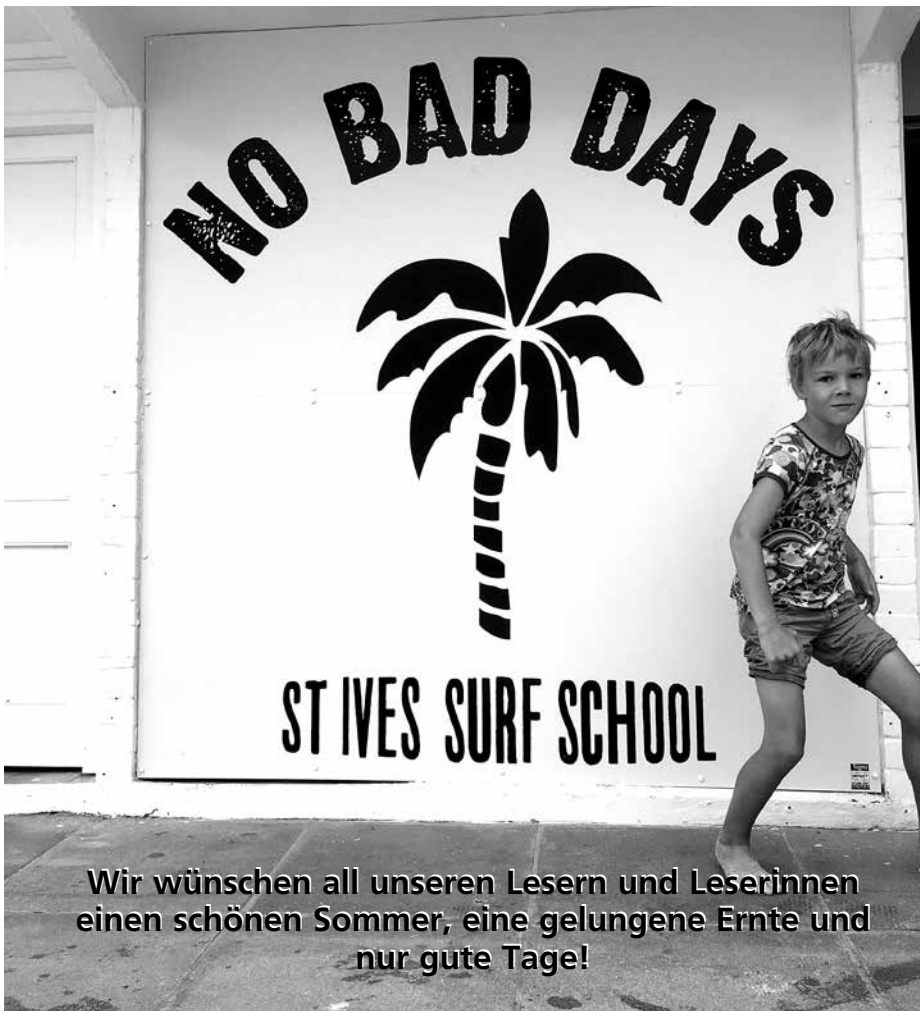


... Und Power für mehr Bauernstimmenabos!

Geschenkabos und Probeabos an: ABL Verlag, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381 492221 [verlag@bauernstimme.de](mailto:verlag@bauernstimme.de)


**Termine**

Weitere Termine, Treffen und Stammtische unter: [www.abl-ev.de/termine](http://www.abl-ev.de/termine) und auf den Homepages der Landesverbände!



Wir wünschen all unseren Lesern und Leserinnen  
einen schönen Sommer, eine gelungene Ernte und  
nur gute Tage!

## Impressum

**Anschrift:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
**Herausgeber:** Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.  
**Redaktion:** Marcus Nürnberger: 02381-492220  
 Claudia Schievelbein: 02381-492289  
 FAX: 02381/492221, redaktion@bauernstimme.de;  
**Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel  
**Aboverwaltung:** Vera Thiel, Tel.: 02381/492288, Fax: 02381/492221, E-Mail: verlag@bauern-  
 stimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;  
**Druck:** küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

## AbL Bundeskontakte

**Bundesgeschäftsstelle:**  
 Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de  
**Bundesgeschäftsführer:** Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28,  
 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758  
**junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:**  
 Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witzhausen, junge-abl@abl-ev.de  
**Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:**  
 Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455  
**Interessengemeinschaft Ostdeutschland:**  
 Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273  
**Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken**  
 Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de  
**Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:**  
 Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de  
**Internationale Agrarpolitik:**  
 Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de  
**Saatgut: Vielfalt in Bauernhand, Projekt der AbL-NRW**  
 Svenja Holst, Tel: 02381/9053170, holst@abl-ev.de

## AbL Mitgliedsantrag

## Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 109,00 Euro  
 Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 144,00 Euro  
 Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von \_\_\_\_\_ Euro zu zahlen  
 Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 54,00 Euro  
 Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 79,00 Euro  
 Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)  
 Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:  
 30,-€  50,-€  70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Nachname, Vorname: \_\_\_\_\_

Straße: \_\_\_\_\_

PLZ, Wohnort (Landkreis): \_\_\_\_\_

Telefon/Fax E-Mail: \_\_\_\_\_

## AbL Landeskontakte

### Schleswig-Holstein

**Geschäftsführung:**  
 Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, schleswig-holstein@abl-ev.de

### Niedersachsen

**Geschäftsstelle:** Gabi Geppert, Telefon: 04967 - 557; info@abl-niedersachsen.de  
**Landesverband:** Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de  
**Wendland-Ostheide:** Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de  
**Heide-Weser:** Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de  
**Elbe-Weser:** Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com  
**Südnnds.:** Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

### Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

**Mecklenburg:** Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;  
 Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

### Nordrhein-Westfalen

**Landesverband:** Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, nrw@abl-ev.de  
**Gütersloh:** Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069  
**Tecklenburger Land:** Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264  
**Herford:** Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575  
**Köln/Bonn:** Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761  
**Niederrhein:** Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421  
**Gentechnik:** Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657  
**Westmünsterland:** Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

### Hessen

**Geschäftsstelle:** Friederike Seebach, Mobil: 0160/99543305, hessen@abl-ev.de  
 Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, hessen@abl-ev.de  
 Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingerode@t-online.de  
 Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

### Rheinland-Pfalz und Saarland

**Landesverband:** Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,  
 Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;  
 Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

### Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle:** Frieder Thomas, Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de  
**Alb-Donau / Ulm:** Franz Häußler, Tel.: 07391 1268, haeusler.biolandhof@t-online.de  
**Oberrhein und Vorbergzone:** Wolfgang Hees, Tel.: 0176 39872928, wolfgang@hees-web.de  
**Stuttgart / Schwäbischer Wald:** Stefan Klett, Tel.: 0176 700 96 364, stefan\_klett@gmx.de  
**Westlicher Bodensee:** anneliese Schmech, Tel.:07553 7529

### Bayern

**Landesverband:** Gertraud Angerpointner, Tel.: 08656 393, fuermannalm@web.de; Josef  
 Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654, bioschmid@t-online.de  
**Geschäftsstelle:** Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und  
 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de  
**Chiemgau-Inn Salzach:** Georg Planthaler, fuermannalm@web.de; Tel. 08656/393  
 Rita Huber; Tel: 08683-557; huber.aichlberg@gmx.de  
**Land an Rott und Inn:** Margarete Stoiber, Tel. 08536/91091; Fax 08536/919782,  
 margaretestoiber@t-online.de;  
**Allgäu:** Geschäftsstelle Michael Finger; Tel. 08322/1329; abllallgaeu@gmx.de,  
**Oberland:** Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de,  
**Landshut-Vilstal:** Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de  
**Franken:** Isabella Hirsch, Telefon: 09852-1846, isabella.hirsch@gmx.de,  
**Erding-Ebersberg:** Rosi Reindl Tel. 08093- 905575, rosi\_reindl@gmx.de;  
**Bayerisch-Schwaben,** Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de,

### Thüringen

**Thüringen:** Reiko Wöllert (Landesgeschäftsführer), Auf der Burg 11, 99869 Haina, Tel:  
 036254/78024, mitteldeutschland@abl-ev.de; Michael Grolm, Tel.: 0361 - 21847159, Linderba-  
 cherstraße 12- u. 14, 99098 Erfurt-Bußleben, m.grolm@gmx.de

### Sachsen-Anhalt

Claudia Gerster, Dietrichsroda 16, 06632 Balgstädt, Tel: 034465/21005, sachsen-anhalt@abl-ev.de

### Sachsen

Danilo Braun, Hauptstraße 146, 09600 Oberschöna, Tel: 01577/3987764, Email: landbau.  
 braun@gmx.de; Stephan Kaiser, Talstr. 2b, 01723 Helbigsdorf, Tel: 035209/18477, Email: kon-  
 takt@beerenbunt.de

Ich zahle:  nach Erhalt der Rechnung  per SEPA-Lastschriftmandat  
 Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092  
 AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
 Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit  
 zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_  
 Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens  
 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundes-  
 post im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.  
 Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter www.abl-ev.de/datenschutz

Datum: \_\_\_\_\_ Unterschrift: \_\_\_\_\_

# Paradies im Kino

Die Natur als Hauptdarsteller im Kino funktioniert gerade in zwei Filmen. Im Zeitraffer aufspringende Blüten und wachsende Halme, in Zeitlupe erwachende Bienen und Nektar saugende Schmetterlinge setzen der Wiese ein Denkmal in dem gleichnamigen deutschen Film. Auch Fuchs, Rehkiz und Kibitzfamilie kommen ganz nah vor die Kamera in der Weichzeichnung vom Paradies vor der Haustür. Bedrohung erfährt es durch intensive landwirtschaftliche Nutzung, zumindest in der Vorschau wird ein scharfes schwarz-weiß-Szenario mit bunten Bildern gemalt. Anders geht der amerikanische Film „Unsere kleine, große Farm“ an die Sache ran. Erzählt wird die Geschichte von zwei jungen Großstädtern, die wegen ihres bellenden Hundes ihre Stadtwohnung verlassen müssen. In einer auf den ersten Blick eher öden Gegend in Kalifornien bauen sie sich einen Obst- und Gemüsebetrieb mit Rindern, Hühnern, Schafen, Schweinen und einer Direktvermarktung auf. Ihre Erzählung ist mehr die eines verwirklichten Traums, der zudem ebenfalls atemberaubende Naturaufnahmen hergibt, aber auch Probleme nicht außen vor lässt. Immerhin ist der Film ein kleiner Ausschnitt davon, was Landwirtschaft sein kann und zeichnet sie positiv.



## **unabhängige** bauernstimme: ganz ohne Werbung

07-08/2019

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (46,00 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 32,00 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 18,- € bzw. 35,- € für  6 oder  12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: \_\_\_\_\_

BIC: \_\_\_\_\_

IBAN: \_\_\_\_\_

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf  
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221  
Unsere Datenschutzerklärung finden Sie unter [www.bauernstimme.de/datenschutz](http://www.bauernstimme.de/datenschutz)

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539

ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm  
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.